

4. Jahrgang Nr. 2
Berlin, Februar 1928

Preis: 10 Pfennig
10 Rappen - 5 Kop.

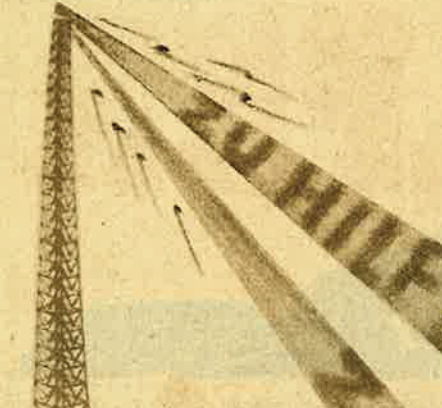
DER ROTE HELFER



*Praxis-
ausführung*

Aus dem Inhalt: Zu Hilfe dem blutenden China! / Treibt wirkungsvolle Propaganda!

ZITATE



Der unglaubliche, bestialische Terror der Imperialisten in Verbindung mit den chinesischen Kuo-Min-Tang-Generalen und der feudalistischen Bourgeoisie gegen die Arbeiter, Bauern, städtische Armut und linksgerichtete Intellektuelle datiert nicht erst seit dem letzten Kantoner Aufstand, sondern schon seit April v. J., wo Tschang-Kai-Schek das große Blutbad unter der Schanghaier Bevölkerung anrichten ließ. Von Schanghai aus hat sich der Blutrausch über ganz China auf Stadt und Land ausgedehnt. Innerhalb der acht Monate von April bis Ende November (1927) ist laut Zusammenstellung aus chinesischen bürgerlichen Presseberichten die Zahl der Opfer auf 40 000 gestiegen. Ungeachtet dieser großen Ziffer war der Terror doch niemals so furchtbar wie im Dezember letzten Jahres. Innerhalb weniger Tage blieben mehrere Tausend Menschen auf der Strecke.

gibt auch seine Zustimmung, russische Botschafts- und Konsulationsgebäude zu durchsuchen. Nach dem Kantoner Aufstand wurden in sämtlichen fremden Konzessionen, im französischen, japanischen, englischen und sogar in Britisch-Hongkong die Revolutionäre von der dortigen Polizei ver-

haftet und an die chinesischen Behörden ausgeliefert. Daß die Imperialisten auch direkte Blutgerichte ausüben, ist bekannt. Als Beispiel sei hier an die Schießereien von Schanghai, Kanton, Tsingtau, die Bombardierung von Waphsien und Nanking und letzthin an die Erschießung streikender Bergarbeiter durch Japaner in der Mandchurei, die Entsendung von britischen Kriegsschiffen an die Küste von Süchina „zwecks Vernichtung des Piratentums“ und zum Schluß an die Verhandlungen des diplomatischen Korps in Peking nach dem Kantoner Aufstand über Entsendung einer internationalen Strafexpedition an die Küste von Kwangtung erinnert.



Der Vorsitzende des Kantoner Sowjets

Wir sehen, daß die internationalen Imperialisten direkt oder indirekt für den furchtbaren Terror in China verantwortlich sind. Aber noch lange nicht genug des grausamen Spiels. Nach dem ersten grausamen Massaker in Kanton im Dezember v. J. schrien sie: „Es sind noch nicht 10% der Kommunisten vernichtet; man muß mit neuen Unruhen rechnen.“ Sie scheinen demnach die Absicht zu haben, den ganzen chinesischen Volksstamm auszurotten! Baldwin will die britische Truppenbesetzung in China verstärken. Es ist ihm gelungen, für die Besatzungstruppen in China drei Millionen Pfund Sterling mehr im Etat aufzustellen. Der japanische Ministerpräsident Tanaka hat sich für die Beherrschung Süchinas durch die Kuo-Min-Tang-Generale erklärt. Die Yankee-Imperialisten unterstützen Tschang-Kai-Schek ebenso aktiv, wie ihre Generale in Mexiko und Nicaragua. Der wütende Feldzug der Imperialisten in Verbindung mit den Kuo-Min-Tang-Generalen und der feudalistischen Bourgeoisie gegen die chinesischen Freiheitskämpfer und die unter dem Hungerniveau stehenden chinesischen Arbeiter und Bauern gehört nicht der Vergangenheit an, sondern wird in großem Maßstabe weiter fortgeführt werden.

Über das rasende Wüten der weißen Bestien geben Nachrichten der Weltpresse, von denen wir einige aus den Dezembertagen 1927 veröffentlichen, erschütternden Einblick:

Japanische „Dien Tong Agentur“ 12. 12. Kanton: Nach dem Beginn der Straßenkämpfe zwischen roten und anti-roten Truppen in Kanton, entsandte Japan den Kreuzer „Yü Tschü“ an das Ufer von Kanton und landete die Truppen. Als die Roten mit Gewehren gegen die japanischen Truppen vorgingen, schützte der Kreuzer seine Soldaten durch Maschinengewehrfire. Nachdem festgestellt worden war, daß die japanischen Staatsangehörigen in Kanton sicher seien, zog sich der Kreuzer nach Schamen (Vorort Kantons) zurück.

Japanische Orient Agentur 15. 12. Peking. Die Gesandten Japans, Englands, Frankreichs und Italiens hatten gestern eine lange Sitzung im japanischen Gesandtschaftsgebäude über das Thema „Vernichtung des Piratentums in Süchina“.

Japanische Orient Agentur 15. 12. Hongkong: ... Hier sind eine große Anzahl Flüchtlinge aus Kanton eingetroffen. Auf Grund strenger Kontrolle der hiesigen Polizei wurden über 200 Kommunistenverdächtige verhaftet.

Wenn die chinesische bürgerliche Presse in der vergangenen Terrorperiode auch über die unglaublichsten Vorgänge berichtete — die Menschen wurden mit Bambusstöcken zu Tode geprügelt, verbrannt, langsam zu Tode gemartert oder in Stücke zerrissen —, die letzten Vorgänge übersteigen alles dagewesene. Nicht in einem abgelegenen Dorfe, sondern in der offenen Stadt Kanton ereignete es sich, daß Mädchen, weil sie einen Bubenkopf trugen, mit Baumwolle unwickelt und bei lebendigem Leibe verbrannt wurden. Ganze Familien sind ausgerottet worden. Wie „United Press“ berichtet, macht man nicht allein die Kommunisten (womit rundweg alle Arbeiter, Bauern und städtische Armut bezeichnet werden), sondern alle Anhänger moderner Gedanken und Methoden für den Staatsstreich der Linksradikalen verantwortlich. Das „Berliner Tageblatt“ schildert die Schreckensherrschaft in Schanghai und Hankau folgendermaßen:

„Von Todesstrafe wird in erstaunlichem Umfang Gebrauch gemacht. Ein Drohbrief genügt, nach den eben bekannt gegebenen neuen Gesetzen, um sie zur Anwendung zu bringen.“ Die offizielle Agentur der S. S. S. R. „Tass“ meldet, daß die in einem Kantoner Theater gefangenen gehaltenen 350 Arbeiter sämtlich zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Man handelte nach derselben Parole wie nach den Tagen der Pariser Kommune „Es ist kein Platz mehr in den Gefängnissen, macht Luft!“

Es ist festgestellt, daß Tschang-Kai-Schek im April 1927 das Massaker unter der Schanghaier Bevölkerung nur auf Grund von Waffenlieferungen des Munizipalrates des ausländischen Viertels ausüben konnte. Auch diesmal ist es bewiesen, daß der Kantoner Aufstand mit direkter imperialistischer Hilfe von dem britischen Viertel Schamen niedergeschlagen wurde. (Siehe Meldung der japanischen Telegrafagentur „Dien-Tong“ aus Kanton vom 12. 12.). Und nicht nur die Niederschlagung, vor allem sämtliche Terrormaßnahmen wurden durch ihre Unterstützung ermöglicht. Es ist bekannt, daß in China nicht nur alle ausländischen Gesandtschaften und Konsulate, sondern sämtliche Privatgebäude, Geschäfte und Schiffe der Ausländer exterritorial sind. Alle politischen Flüchtlinge und allgemeine Verbrecher fanden dort Zuflucht. Aber heute werden mit Zustimmung des Konsulatekorps die revolutionären politischen Flüchtlinge nicht nur von Schiffen, Geschäften und Privatwohnungen der Ausländer ausgeliefert, sondern das Korps



Weil sie Bubenköpfe trugen, wurden sie hingerichtet

die OPFER des chinesischen Freiheitskampfes!

Schanghai Shun Pao, 15. 12. Hongkong: Gestern wüteten in der Danan Street in Kanton mehrere Kommunistinnen mit Baumwolle umwickelt, mit Benzin übergossen und verbrannt. Auf einem von Kanton nach Hongkong fahrenden Schiff wurden 200 Rikschakuli verhaftet und erschossen.

Reuter, 16. 12. Schanghai: Nach einer Meldung aus Kanton ist dort zwar noch der Belagerungszustand in Kraft, doch nehmen die Verhältnisse wieder ein normales Gepräge an. Es wird über scharfe Repressalien und Hinrichtungen von Kommunisten berichtet. Die Zahl der niedergemetzelten Kommunisten in Kanton beträgt 2000. Die Straßen sind mit Leichen bedeckt. Die Szenen der Verwüstung sind furchtbar. Gestern wurden weitere 5 russische Azitatoren öffentlich hingerichtet. Ihre Leichen wurden sodann in den Straßen herumgefahren. Die Leichen der übrigen Hingerichteten sollen zum abschreckenden Beispiel während einiger Tage auf den Straßen bleiben.

Tel.-Union, 16. 12. Berlin. Nach einem Funkspruch des „Lokalanzeiger“ aus Peking sind, nachdem gestern in Kanton 5 Russen vor dem Konsulat kurzerhand von den Soldaten niedergeschossen worden waren, heute weitere Russen nach kurzen Verhandlungen zum Tode verurteilt worden. Sie wurden auf Karren durch die tobende Menschenmenge zur Hinrichtungsstätte gebracht.

Reuter, 16. 12. Hankau: Die chinesischen Behörden haben heute im Sowjetkonsulat eine Hausdurchsuchung vorgenommen und alle Russen und Chinesen, die sich im Gebäude befanden, verhaftet. Sie gehen daran, alle Kommunisten in der ganzen Stadt zu verhaften.

United Press, 16. 12. Hongkong: Die wiedereingesetzten Behörden in Kanton halten über die in Sowjetdiensten stehenden Russen ein furchtbares Blutgericht ab. Außer dem Vizekonsul sind noch weitere 20 russische Staatsbürger getötet worden. Angeblich brachen Regierungssoldaten in das Sowjetkonsulat ein, doch gelang es dem Konsul, rechtzeitig zu entkommen. Die übrigen Konsulsbeamten boten heftigen Widerstand. Zwei weibliche Konsulsbeamte wurden auf der Stelle erschossen, während die übrigen in Ketten gelegt, und später im Gefängnis hingerichtet wurden. Man macht nicht allein die Kommunisten, sondern alle Anhänger moderner Gedanken und Methoden für den Staatsstreich der Linksradikalen verantwortlich. So wurden von der wütenden Menge mehrere Chinesinnen mit kurz geschnittenem Haar ergriffen und geklyncht.

Frankfurter Zeitung, 17. 12.: . . . Nach Berichten, die gestern in Schanghai eintrafen, wurden 200 russische Einwohner Hankaus einschließlich des Generalkonsuls und seines Stabes in den frühen Morgenstunden verhaftet. Größere chinesische Truppenabteilungen schlossen das Konsulatsgebäude ein und durchsuchten jede russische Wohnung und jede Wohnung in dem ehemaligen russischen Konzessionsgebiet. Das Konsulgebäude wurde von chinesischem Militär besetzt. . . Später wurde ein Anzahl chinesischer und russischer Kommunisten im französischen Stadtviertel verhaftet.

Dien Tong Agentur, 17. 12. Hankau: Gestern begannen die Verhaftungen der Kommunisten in der ganzen Stadt. In Wuchang wurden über 200 Studenten verhaftet. Der bisherige Finanzminister Dien Ta Peh und der Erziehungsminister Li Han Tzun, die in die japanische Konzession geflüchtet waren, wurden mit Erlaubnis des japanischen Konsuls verhaftet und am selben Abend um 9 Uhr in einer chinesischen Straße erschossen.

Berliner Tageblatt, 17. 12.: . . . In Hankau wurde, wie berichtet, gestern auch die frühere deutsche und russische Konzession von etwa 600 chinesischen Soldaten besetzt, die systematisch Haussuchungen nach versteckten Kommunisten

unternahmen. . . . In der französischen Konzession wurden etwa 30 chinesische und russische Kommunisten verhaftet. . . . In Hankau muß es im Laufe der letzten Tage bei der Wiederbesetzung der Stadt durch die nationalistischen Truppen zu einem furchtbaren Gemetzel gekommen sein. Wie Reuter aus Hongkong berichtet, sollen jetzt noch in den Straßen Kantons über 2000 getötete Kommunisten liegen. Täglich kommt es zu neuen Kommunistenjagden und zu neuen Blutlaten. Gestern wurden wieder 5 Kommunisten, nachdem sie durch die Straßen der Stadt geschleift worden waren, erschossen. . . . Auch in Schanghai scheint man die allgemeine antikommunistische Welle zu einer endgültigen Reinigung der Stadt von allen parteifähigen Elementen zu benutzen. Von der Todesstrafe wird in erstaunlichem Umfang Gebrauch gemacht. Ein Drohbrief genügt, nach den eben bekannt gegebenen neuen Gesetzen, um sie zur Anwendung zu bringen.



**General Lin - Fun - Lin,
der Gallist der kantonner
Kommune**

Reuter, 18. 12. Hongkong: Gestern, Dienstag, wurden 14 Mädchen mit abgeschnittenem Haar auf Kantonner Straßen auf Befehl des Militärmachthabers hingerichtet. . . . Es treffen täglich neue Flüchtlinge aus Kanton in Hongkong ein. Von der Polizei wurden schon über 300 verdächtige Personen verhaftet, darunter 25 kommunistische Führer, die sofort an Kanton ausgeliefert wurden.

Schanghai Shun Pao, 18. 12. Gestern wurden von chinesischem und britischer Polizei im internationalen Viertel vier Kantonner Kommunisten und ein Inder verhaftet und ins chinesische Gefängnis überführt.

Schanghai Shun Pao, 18. 12. Hongkong: Gestern wurden in Kanton wieder 350 Kommunisten erschossen, was von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr dauerte. Die Getöteten waren meistens Arbeiter.

Gegen den blutigen Terror der chinesischen Militaristen! Für die Märtyrer des Befreiungskampfes des werktätigen Chinas!

An alle Werktätigen, an alle fortschrittlichen Intellektuellen
der Welt.

Der Telegraph bringt täglich erschütternde Nachrichten über das wahnsinnige Rasen der weißen Reaktion in China.

Die Henker des chinesischen Volkes wollen ihr imperialistischen Lehrmeister übertrumpfen! In Strömen von Blut, durch massenhafte Erschießungen, in den Flammen der Scheiterhaufen wollen sie sämtliche Streiter für die Freiheit des chinesischen Volkes vernichten!

Kanton, um das das werktätige Volk Südchinas kämpfte, ist gegenwärtig zum Schauplatz eines noch nie dagewesenen Terrors geworden. Hunderte und Tausende Arbeiter und Bauern werden wegen des geringsten Verdachtes des Widerstandes gegen die infamen Auslieferungspläne der feilen Generäle erschossen, erwürgt, bei lebendigem Leibe verbrannt. Den Tausenden Gemordeten und grauenhaft Zugerichteten reihen sich neue Tausende von Opfern an, währenddessen die ausländischen Imperialisten mit allen Mitteln bei dieser bestialischen Abrechnung mit den fortgeschrittenen Arbeitern und Bauern Chinas Beistand leisten.

Dieser unmenschlichen Schlächterei wütend gewordener chinesischer Generäle, der blutigen Intervention der Imperialisten muß ein Ende gemacht werden!

Die Exekutive der IRH. ruft alle Werktätigen, alle fortschrittlichen Intellektuellen zum sofortigen energischen Protest auf.

Brüderliche Solidarität mit dem werktätigen Volke Chinas und machtvoller Einspruch gegen seine bluttriefenden Henker müssen der Blutgier Einhalt gebieten, auf das nicht noch weitere Tausende von Arbeitern, Bauern und Intellektuelle niedergeschossen, erwürgt und qualvoll gemartert werden.

Organisiert sofort die materielle Hilfe, damit Tausende Frauen und Kinder vor Folterungen, Mißhandlungen und Hungertod gerettet werden können!

Alle Werktätigen, alle freihetlich gesinnten Menschen müssen zum Schutze der werktätigen Volksschichten Chinas ihre Stimme erheben und die Regierungen der imperialistischen Mächte daran hindern, die chinesische Konterrevolution aktiv zu unterstützen, Strafexpeditionen auszusenden, aus dem Gebiete Chinas eine blutige Folterkammer für die Arbeiter und Bauern Chinas zu machen.

**Nieder mit dem blutigen Terror der chinesischen Militaristen!
Fort mit der konterrevolutionären Intervention, mit den Strafexpeditionen!**

Hoch die Märtyrer des Befreiungskampfes der Werktätigen Chinas!

Es lebe die Solidarität der Werktätigen der ganzen Welt mit den chinesischen Arbeitern und Bauern im Kampfe gegen den Imperialismus!

Den 26. Dezember 1927.

Die Exekutive der Internationalen Roten Hilfe.

Im Geiste Sacco's und Vanzetti's!

Wie die internationale Arbeiterschaft Greco und Carrillo rettete!

Von H. Briton.

Wie recht hatte doch Vanzetti, als er immer wieder versicherte, daß auch hinter Zuchthausmauern Proletarier auf Kampfposten stehen und ihrer Klasse dienen können!

Nur wenige Monate waren notwendig, um diese Ueberzeugung praktisch zu beweisen. Schon im Juli 1927, als der Todeskampf Saccos und Vanzettis noch nicht zu Ende war, wurden zwei weitere Opfer von der amerikanischen Klassenjustiz für den elektrischen Stuhl bestimmt. Die Geschichte dieser Arbeiter und ihrer Rettung möge sich jeder ihrer Klassengenossen einprägen, denn sie ist ein lebendiger Beweis für die Wirksamkeit der roten Hilfsbereitschaft des Proletariats.

Donato Carrillo und Calogero Greco, zwei italienische Arbeiter in New York, wurden im Juli 1927 verhaftet. Man beschuldigte sie des Mordes an zwei italienischen Faschisten, die während einer Demonstration niedergeschossen worden waren. Das Schicksal Saccos und Vanzettis stand ihnen bevor. Aber die Arbeiter-

klasse hatte aus den großen Protestkämpfen der vergangenen Jahre gelernt. Greco und Carrillo waren nicht auf die Hilfe von wenigen persönlichen Freunden angewiesen, als die Klassenjustiz sie ergriff. Die Internationale Arbeiterverteidigung,

die rote Hilfsorganisation in den Vereinigten Staaten, nahm sich sofort ihrer Sache an. Sie erhielten Rechtshilfe und der Hintergrund ihres Prozesses wurde erforscht. Die Öffentlichkeit, die sich noch in Erregung über die Hinrichtung Saccos und Vanzettis befand, wurde auf das neue Justizkomplott aufmerksam gemacht. Jeden Tag veröffentlichten die Arbeiterzeitungen interessante Artikel über den Prozeß Greco-Carrillo. Es stellte sich heraus, daß hier amerikanische und italienische Faschisten zusammenarbeiteten, um zwei Antifaschisten zur Strecke zu bringen. Eine Einheitsfront Mussolini-Morgan, begründet auf den amerikanischen Riesenankeln für Italien, war geschaffen worden und der finanzielle und politische Vermittler zwischen diesen beiden Gruppen war Graf di Revel, Leiter der Faschistenliga Amerikas und eifrigster Förderer des Prozesses gegen Greco und Carrillo. Ein Netz von Mussolinospitzeln bestand in Amerika. Mit allen Mitteln der Gewalt

und des Verbrechens arbeiteten diese dunklen Sendboten Mussolinis. Aber nicht nur die inoffiziellen sondern auch die offiziellen Vertreter des italienischen Faschismus, faschistische Konsuln und Konsulatsangestellte, nahmen an dieser Tätigkeit lebhaften Anteil. Zeugen wurde gekauft und durch Drohungen gewonnen, Spitzel wurden in die anti-faschistischen Emigrantenorganisationen entsandt, schwankende Elemente unter den Anti-Faschisten wurden mit Verfolgungen durch die amerikanischen (!) Gerichte bedroht, wenn sie sich nicht zu Belastungszeugen gegen Greco und Carrillo hergaben.

Alle diese Tatsachen wurden teils schon vor der Verhandlung, teils in der Verhandlung selbst der Öffentlichkeit bekannt. Die Kunde vom Justizkomplott drang nach Europa in einzelne bürgerliche und in die meisten Arbeiterzeitungen.

In den Vereinigten Staaten bildeten sich unter der Führung der Internationalen Arbeiterverteidigung besondere Greco-Carrillo-Hilfskomitees in allen wichtigen Städten, die die Kampagne leiteten. Versammlungen und Demonstrationen fanden statt. Die Namen Greco und Carrillo wurden in wenigen Monaten international bekannt.

Mitte Dezember 1927 begann die Verhandlung. Hervorragende Rechtsanwälte, unter ihnen Clarence Darrow, der berühmteste Verteidiger in ganz Amerika, zerpflückten in glänzenden Kreuzverhören die Aussagen der schwankenden Belastungszeugen. Ein Zeuge nach dem anderen, auf den sich die Staatsanwaltschaft verlassen hatte, fiel um, und einer gestand sogar unter Eid, daß Graf di Revel ihm für seine belastende Aussage eine Belohnung von 5000 Dollar versprochen habe. Die Angeklagten wiesen ihr genaues Alibi nach. Die Anklage brach in ein Nichts zusammen. Und die Geschworenen mußten Greco und Carrillo freisprechen. — Ein Vergleich der Fälle Sacco-Vanzetti und Greco-Carrillo

zeigt, wie weit wir uns in den letzten Jahren entwickelt haben. Die anfängliche Lage war in beiden Prozessen beinahe die gleiche. Ausländische revolutionäre Arbeiter, unerfahren in den entwickelten Praktiken des bürgerlichen Rechts, sollten einem Justizkomplott zum Opfer fallen und mußten ihm zum Opfer fallen, wenn keine Hilfe von außen kam.

Sacco und Vanzetti blieben am Anfang ihres Prozesses beinahe ohne Unterstützung. Als die Arbeiterschaft sich ihrer annahm, war das Urteil schon gefällt, der Kurs der Klassenjustiz festgelegt, die Öffentlichkeit durch ungeheuerliche Lügen und durch Geheimhaltung aller unangenehmen Tatsachen voreingenommen. — Greco und Carrillo wurden sofort nach ihrer Verhaftung von der Internationalen Arbeiterverteidigung unterstützt. Alle klassenbewußten Arbeiter und ihre Organisationen stellten sich hinter sie. Noch ehe die Klassenjustiz Zeit gehabt hatte, das Urteil vorzubereiten, waren ihre Pläne schon öffentlich bloßgestellt, ihr Beweismaterial in Stücke zerrissen, ihre Hintermänner entlarvt. „Bis Weihnachten müssen wir sie im Totenhaus haben“, drohte prahlerisch der Staatsanwalt, aber er hatte nicht mit der proletarischen Solidarität gerechnet. Seine sorgfältig ausgesuchten Geschworenen mußten den Mordplan fallen lassen.

Der Freispruch Grecos und Carrillos bedeutet mehr, als sonstige gelegentliche Freisprüche von Arbeitern bedeuten. Er ist ein gewaltiger Sieg der Arbeiterschaft, eine Kundgebung ihrer Entschlossenheit, keinen zweiten Fall Sacco-Vanzetti zuzulassen, ein Beweis, daß Sacco und Vanzetti nicht umsonst gestorben sind, weil der Geist der Internationalen Solidarität, den ihr Märtyrertum in den Massen der Arbeiterschaft erweckt hat, lebendig bleiben wird.



Donato Carrillo

Artikel über den Prozeß Greco-Carrillo. Es stellte sich heraus, daß hier amerikanische und italienische Faschisten zusammenarbeiteten, um zwei Antifaschisten zur Strecke zu bringen. Eine Einheitsfront Mussolini-Morgan, begründet auf den amerikanischen Riesenankeln für Italien, war geschaffen worden und der finanzielle und politische Vermittler zwischen diesen beiden Gruppen war Graf di Revel, Leiter der Faschistenliga Amerikas und eifrigster Förderer des Prozesses gegen Greco und Carrillo. Ein Netz von Mussolinospitzeln bestand in Amerika. Mit allen Mitteln der Gewalt



Calogero Greco

Eugene Lyons:

SACCO UND VANZETTI IHR LEBEN UND STERBEN

Das erste umfassende Buch über den Justizmord von Massachusetts erscheint demnächst. Das Werk schildert das Leben der beiden Revolutionäre von ihrer Jugend bis zu ihrem tragischen Tode auf dem elektrischen Stuhl. Darüber hinaus gibt es ein anschauliches Bild von der Lage der Einwanderer in Amerika, den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen der U. S. A.

**EIN ERSCHÜTTERNDENES DOKUMENT VON
GRÖßTER BEDEUTUNG FÜR JEDEN ARBEITER!**

Brosch. ca. RM. 3— Reich illustriert. geb. ca. RM. 4—

Neuer Deutscher Verlag / Berlin W 8

Kommunistischer Monstreprouzess IN JUGOSLAVIEN

Fast die gesamte Führerschaft der revolutionären Arbeiterbewegung Jugoslawiens befindet sich im Untersuchungsgefängnis der Belgrader Polizei. Namen, die durch jahrzehntelangen Kampf mit der internationalen Arbeiterschaft verbunden sind: R. Vujo-
vitsch, Dr. S. Markovitsch, der Führer der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung L. Stefanovitsch, N. Kotur und 26 andere. Dar-



**Dr. Stana Marcovitsch, Mitglied des
Zentralkomitees der Kommunistischen
Partei Jugoslawiens**

unter der Redakteur der Belgrader „Novosti“ O. Koschovanl. Sie werden auf die unmenschlichste, mittelalterlichste Art gepeinigt, um Aussagen zu machen, welche die Belgrader Polizei zur Konstruktion ihrer Hochverratsanklage bedarf. Ein Teil von ihnen liegt durch die unerträglichen Zustände schwer krank danieder. Während fast alle mit Knüppeln und Fäusten geschlagen wurden, ist ein Teil aufs grausamste gefoltert worden. Die Metallarbeiter Uroschevitsch, die Arbeiter D. Popovitsch, A. Zdravkovitsch, P. Kovatschevitsch wurden bis zur Besinnungslosigkeit gemartert. Sie liegen oft halb entkleidet in fensterlosen, feuchten Betonzellen, die in der Eiseskälte des Winters noch mit

Wasser begossen wurden. Bei all dem sind ihnen all jene primitivsten Rechte vorenthalten, die den schwersten kriminellen Verbrechern zugestanden werden, u. a. auch der Besuch ihrer Anverwandten und somit jegliche Verbindung mit der Außenwelt. In Ermangelung einer wirksameren Instanz — denn sämtliche revolutio-

näre Arbeiterorganisationen sind in Jugoslawien zerschlagen, Presse- und Versammlungsfreiheit entzogen — hat der Advokat R. Vuktschevitsch im Namen der Verwandten aller Inhaftierten eine Eingabe an alle Parlamentsfraktionen gemacht, in der er die bestialischen Methoden der Polizei brandmarkt und eine parlamentarische Enquete zur Untersuchung dieses offensichtlichen Bruches jeglicher Gesetzmäßigkeit fordert. Aber angesichts des Terrorregimes der Regierung

Vukitschevitsch-Markovitsch ist eine Liquidierung dieser Methoden auf demokratischem Wege nicht zu erwarten. Denn es ist die ur-eigenste Art dieser Regierung und ihrer Schergen, die nach den letzten Blutwahlen die Macht an sich riß und sich bedroht fühlt. Um zu einer unverhüllten, offenen Diktatur überzugehen, bedarf sie nach europäischem Muster eines kommunistischen Riesenprozesses. Aus diesem Grunde bedient sie sich jener inquisitorischen Methoden, aus erpreßten Bekenntnissen und falschen Zeugenaussagen von Provokateuren das Schreckgespenst einer kommunistischen

Gefahr zu inszenieren und so das Bestehen einer Ausnahmeregierung zu rechtfertigen. Dieser Prozeß, der in der nächsten Zukunft beginnen wird, soll die letzten Reste der Arbeiterbewegung vernichten. Das internationale Proletariat muß den jugoslawischen Henkern in den Arm fallen.



**Lasa Stefanowitsch, Sekretär der Un-
abhängigen Gewerkschaften und Par-
laments- Abgeordneter.**

Die Neujahrs - Amnestie in Bulgarien!

Von Cécile.

Die Bewegung für eine Amnestie aller politischen Gefangenen in Bulgarien war, trotz des Terrors, dem jeder Oppositionelle in Bulgarien ausgesetzt ist, zu einer ungeheuren Massenbewegung geworden.

Nicht nur in Bulgarien, nein, auch im Lager aller Fortgeschrittenen des Auslandes, sowie innerhalb der Arbeiterklasse der ganzen Welt gab es nur eine Stimme „Amnestie für die gemarterten politischen Gefangenen in Bulgarien!“

Die Regierung Bulgariens stellte sich taub. „Es gibt bei uns keine politischen Gefangenen, es gibt nur Räuber und Mörder!“ war ihre Antwort auf den Massensturm, der anfang, ihr unangenehm zu werden.

Doch die Arbeiter- und Bauernschaft Bulgariens schwieg nicht. Ein ungeheurer Hungerstreik, an dem 2000 politische Gefangene teilnahmen, zeigte der aufhorchenden Welt, wie schlimm es in Bulgarien bestellt sein muß, wenn eine solche Anzahl von Gefangenen zu diesem letzten verzweifelten Mittel greifen muß.

Die Regierung versuchte, durch Dementis den Hungerstreik abzuleugnen, doch vergebens. Immer mächtiger war die Stimme für eine Amnestie in Bulgarien. Es bildete sich ein Komitee der Frauen der Verhafteten, das, trotz stärkster Unterdrückung, den Kampf für eine Amnestie fortsetzte. Das Komitee wußte sich eins mit den Arbeitern und Bauern Bulgariens.

Es mußte etwas geschehen, das sah selbst die Regierung Liaptscheffs ein. Und so erfuhr die erstaunte Welt, daß die Regierung Bulgariens zum neuen Jahre eine Amnestie erlassen habe.

Wie sieht es mit dieser Amnestie aus? Hat sie die Freilassung aller politischen Gefangenen ermöglicht? Hat sie wenigstens einen Teil der politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt? Nichts davon.

Das, was die Liaptscheff-Presse der Welt als „Amnestie“ servierte, ist nichts weiter als eine kleine Anzahl von Einzelbegnadigungen, die nur ganz wenige der politischen Gefangenen erfaßt hat und auch diesen nur geringe Straferlasse bewilligte.

Von den gesamten politischen Gefangenen in Bulgarien sind nur 160 „begnadigt“ worden. Von diesen 160 wiederum sind nur 54 freigelassen worden. Alle übrigen haben nur eine Verringerung ihrer schweren Strafen erfahren. Solche, die zum Tode verurteilt worden sind, sind zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“ worden. Gefangene, die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt waren, wurden zu 20 Jahren Zuchthaus begnadigt. Zuchthausstrafen von 20 Jahren wurden auf 10 Jahre ermäßigt und so fort.

Um das Wesen dieser „Begnadigungen“ besser zu verstehen, muß man die Bilanz der bulgarischen Klassenjustiz in 8 Monaten verfolgen. In dieser Zeit sind zu den bereits in den Zuchthäusern Sitzenden noch 264 Personen gekommen, die zu insgesamt 1546½ Jahren verurteilt worden. Unter diesen 264 Urteilen sind 6 Todesurteile.

Wenn man zu diesen ungeheuren Strafen, die mehr als 1½ Jahrtausende von Zuchthausstrafen betragen, diejenigen hinzuzählt, die früher verhängt sind, so wird klar, was die „Neujahrsamnestie“ Liaptscheffs bedeutet.

Die Arbeiter- und Bauernschaft Bulgariens hat sich von dieser „Amnestie“ keinen Sand in die Augen streuen lassen. Entschlossen setzt sie den Kampf um die volle Amnestie aller politischen Gefangenen fort, bis zur endgültigen Befreiung aller, auch des letzten politischen Gefangenen. Sie erwartet Hilfe von der Arbeiter- und Bauernschaft und aller Fortgeschrittenen der Welt, die durch ihre machtvollen Proteste ihren Kampf bisher solidarisch unterstützt haben.

10 JAHRE

Weißer Terror!

Unter der Losung „Friede und Ordnung“, die nur ein Vorwand für die Annexionsgelüste Rumäniens war, besetzten im Januar 1918 rumänische Truppen Bessarabien. Hunderte von Erschossenen und Tausende von Gefangenen waren sichtbare Zeichen dafür, daß „Friede und Ordnung“ eingeführt worden waren.

Die weiteren Ereignisse folgten mit kaleidoskopartiger Geschwindigkeit aufeinander:

die **Ausrufung Bessarabiens als unabhängige moldaulische Republik** (6. 2. 1918)

die **vorläufige Angliederung Bessarabiens an Rumänien** (9. 4. 1918),

die **endgültige Angliederung unter Verzicht auf jegliche Autonomie** (8. 12. 1918).

Zur Erreichung ihres Hauptzieles — der endgültigen Annexion Bessarabiens — scheute die rumänische Regierung keine Mittel.

Sie beging eine **Fälschung**: Die rumänische Regierung gab den „Sfatul Zery“ als eine konstituierende Versammlung aus, der sie das Recht zusprach, die politische Staatszugehörigkeit Bessarabiens zu bestimmen. In Wirklichkeit hatte der „Sfatul Zery“ jedoch nur die Funktionen eines Provinzialrates, fußte nicht auf allgemeinen Wahlen, sondern war lediglich eine Vertretung der sozialen und politischen Organisationen. Sie wandte **Waffengewalt** an: Unter Bajonetten faßte der „Sfatul Zery“ seine Beschlüsse; die rumänische Regierung ließ durch bewaffnete Soldaten die Räume des „Sfatul Zery“ während der Abstimmung über die Frage der Angliederung besetzen. Sie nahm **Bestechungen** vor: Mit erheblichen Geldmitteln kaufte sie sich einige „Führer“ des „Sfatul Zery“, wie Inkulenz und andere. Auch vor **offenem, geheimem Mord** machte sie nicht halt: Die Führer der öffentlichen Meinung, die den wahren Willen der bessarabischen Bevölkerung zum Ausdruck brachten, wie die Mitglieder des „Sfatul Zery“ Grienfeld und Kataros, den Chefredakteur Karwsan und andere ließ sie gewaltsam durch Meuchelmord aus dem Wege räumen. Dies waren die **Methoden, mit denen die rumänische Regierung ein Land von 3 Millionen Menschen annektierte**. Dieselben Methoden der Fälschungen, Bestechungen, offenen und versteckten Morde wandte sie auch weiterhin gegen die unterworfenen Bevölkerung an. Der Belagerungszustand, bei der gewaltsamen militärischen Besetzung erklärt, dauert seit 1918 ununterbrochen an. Während der zehn Jahre der Okkupation wurden nach Angaben rumänischer Zeitungen 20 000 Menschen erschossen und ermordet.



Das rumänische Zentralgefängnis Kischinew. Hier wurde der Prozeß gegen die 500 Bauern von Tatar Bunar abgehalten. Ein großer Teil dieser Verurteilten schmachtet noch heute in dieser Zitadelle.

Ueber 300 000 Personen wurden zur **Auswanderung gezwungen**. Aus einem blühenden Lande mit reicher Ernte wurde Bessarabien während der zehn Jahre der rumänischen Besetzung zu einem elenden, hungernden Lande, dessen Bauern Hab und Gut verkauften, dörfweise ihre alte Heimat verließen, um dem Terror und dem Raub der fremden Eindringlinge zu entrinnen. Ueber die Bevölkerung, ächzend unter dem unerträglichen Steuerdruck, stöhnend unter der Last der gewissenlosen Ausbeutung, preisgegeben der sinnlos brutalen Willkür der Gendarmen, schwingt die rumänische Regierung noch die Geißel der völligen politischen Rechtslosigkeit und der gewaltsamen Rumänisierung des Landes: die Schließung der nichtrumänischen Schulen, das Verbot der Anwendung einer anderen als der rumänischen Sprache bei Behörden, kurz,

eine vollständige Liquidierung der einheimischen Kultur.

Wir, die **Gesellschaft der Bessaraber in Deutschland**, Träger der Meinung von Millionen Unterdrückter in Bessarabien und von Hunderttausenden Verbannter erheben zum 10. Jahrestag der gewaltsamen Okkupation Bessarabiens Protest gegen die räuberische Besitzergreifung unseres Landes, gegen die Methoden der Bestechungen, Fälschungen und Gewalt, durch die diese Okkupation legitimiert wurde und fordern:

1. Freie Volksabstimmung über die Frage der Landeszugehörigkeit Bessarabiens unter Aufhebung des Belagerungszustandes und Entfernung der Besatzungstruppen.
2. Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zur Erforschung der ökonomischen und politischen Lage Bessarabiens nach der Okkupation.

Wir fordern die fortschrittlichen Kreise der deutschen Öffentlichkeit auf, sich unserem Protest und unseren Forderungen anzuschließen und uns zu helfen, das elementarste aller Menschenrechte zu erreichen:

Nach unserem freien Willen zu leben und uns zu entwickeln!
Gesellschaft der Bessaraber in Deutschland.

Profeste gegen den Stefanoff-Prozeß

Am 30. Januar, nach Redaktionsschluß, soll zum 9. Male der Prozeß gegen Boris Stefanoff und seine mitangeklagten Genossen vor dem Kriegsgesicht des 2. Armeekorps in Bukarest stattfinden. Eine Reihe führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland haben zu diesem Zweck einen gemeinsamen Protest erlassen, den sie an das rumänische Kriegsministerium, an den Herrn Außenminister Titulescu, der z. Zt. in Westeuropa weilt, an den Innenminister Duca und an die Berliner rumänische Gesandtschaft gerichtet haben. Dieser Aufruf lautet:

„Durch die Presse ist bekannt geworden, daß der schon sieben Mal vertagte Prozeß gegen Boris Stefanoff und sechs Mitangeklagte am 14. Dezember 1927 vor dem Kriegsgesicht in Bukarest stattfinden soll.

Nach der Darstellung seines Verteidigers und des Sekretärs der Liga für Menschenrechte, Herrn Costa Foru, wird Boris Stefanoff keine einzige Tat nachgewiesen, die im Strafgesetz erwähnt ist. Für diese Darstellung spricht auch die siebenmalige Vertagung des Prozesses. Demnach soll hier lediglich die politische

Gesinnung und Ueberzeugung verfolgt und bestraft werden. Die bisher bekannt gewordene Praxis der rumänischen Siguranza, insbesondere im Falle Tkatschenko, läßt befürchten, daß auch im Falle Boris Stefanoff Kräfte am Werk sind, die die Vernichtung der Angeklagten anstreben, ohne die geringste juristische Handhabe.

Im Namen der Menschlichkeit fordern wir Beendigung der Tortur, Einstellung des Verfahrens gegen Stefanow und die Mitangeklagten und deren sofortige Freilassung.“

Von den Unterzeichneten des Aufrufs nennen wir nur folgende: Viktor Noack, Bürgermeister a. D.; Dr. h. c. Freiherr v. Schoenaich; Prof. Dr. Karl Grünberg; Prof. Oppenheimer, Schriftsteller Bruno Wille; Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V., Berlin; Kurt Großmann, Sekretär der Liga für Menschenrechte, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg; Landgerichtsrat Dr. v. Holten; Robert Taut, Architekt; Dr. Kurt Hiller; Herwarth Walden; Oberstudiendirektor Kawerau; Gertrud Eysoldt; Kulturhistoriker Eduard Fchs; Dr. Felix Boehm; Ernst Toller, Heinrich Vogeler und viele andere.

Der Kommunistenprozeß in Konstantinopel.

Vor dem türkischen Gericht in Konstantinopel stehen gegenwärtig 56 Kommunisten, die wegen „verräterischer Machenschaften“ angeklagt sind.

Der Hauptangeklagte ist Dr. Schewfik-Husni, der bereits im Jahre 1925 vom Unabhängigkeitsgericht in Angora zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt worden war, weil er durch Herausgabe zweier Zeitungen „Das Licht“ und „Sichel und Hammer“ versucht hatte, Aufklärungsarbeit unter den türkischen Arbeitern zu leisten. Es war ihm gelungen, zu entfliehen. Nach der Türkei zurückgekehrt, versuchte er, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen und eine kommunistische Partei zu organisieren, eine Tätigkeit, die selbst in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern ganz legal ausgeübt werden kann.

Der Gedanke der Organisation einer revolutionären Partei in der Türkei fand günstigsten Boden. Die Lage der Arbeiterschaft ist unerträglich. Der Arbeitstag dauert 10—15 Stunden. In den letzten 1½ Jahren ist die Teuerung im Vergleich zur Vorkriegszeit auf das 14fache gestiegen, während der durchschnittliche Arbeitslohn nur das dreifache der Vorkriegszeit beträgt. 150 000 Industrie- und 300 000 Landarbeiter führen ein Bettlerleben. Sie werden durch schwere Steuerlasten ausgesogen. Als unmittelbare Folge des wirtschaftlichen Druckes brachen eine Anzahl Streiks aus, die nicht nur die privaten, sondern auch die staatlichen Betriebe ergriffen. Der größte Streik war der der Tabakarbeiter in Konstantinopel, an dem über 3000 Arbeiter teilnahmen, die eine in der türkischen Arbeiterbewegung noch nie dagewesene Rührigkeit an den Tag legten. Es kam zu Zusammenstößen mit Streikbrechern.

Dann folgte der Eisenbahnerstreik von Adana, der sich auf die ganze Bahnlinie von 250 km erstreckte. Zur Unterdrückung dieses Streiks wurden von der Regierung Polizei und Gendarmen organisiert, die den Bahndamm besetzt hatten. Diese Ereignisse riefen eine große Erregung hervor, nicht nur unter der Arbeiterschaft, sondern auch unter dem Kleinbürgertum. Es wurde überall zugunsten der Streikenden gesammelt.

Es bildete sich eine Gewerkschaftsorganisation „Amele-Teah-Dschemiet“ und die „Arbeiter- und Bauernpartei“, die zu den Wahlen Aufrufe erließen und eine Aktion gegen die Sammlung von Beiträgen für die von der Regierung unterstützten Luftschiffahrtsgesellschaften begannen.

Für die Regierung war nun der Augenblick des Einschreitens gekommen. Ein Flugblatt, das während des Tabakarbeiterstreiks verteilt worden war, bildete den äußeren Anlaß zu den Massenverhaftungen, die im Herbst 1927 einsetzen. Sie erstreckten sich auf Konstantinopel, Smyrna, Adrianopel u. a. Arbeiterzentren. Neben Dr. Schewfik-Husni wurden eine ganze Reihe hervor-

ragender Führer der Arbeiterbewegung verhaftet: Der Schriftsteller Wedad, der Elektrotechniker Nuri, Tierarzt Salih, die Arbeiter Niko, Schewhed Husni, Hamdi Schamil, Nidin Husni, Hiko, Said u. a. Die Polizei meldete, daß es ihr gelungen sei, eine kommunistische Geheimorganisation aufzudecken. Die Tatsache, daß sich unter den Verhafteten 2 Griechen befanden, wurde von der Regierung zu einer großen Hetze ausgenutzt. Sie wollte damit beweisen, daß sich die Angeklagten mit den „Feinden des Staates verbunden“ hatten, um „ein großes Komplott“ anzuzetteln und „einen Staatsstreich vorzubereiten.“

In dem Prozeß, der jetzt begonnen hat, hat der Hauptangeklagte Dr. Schewfik-Husni erklärt, daß er nach der Türkei gekommen sei, um dort eine kommunistische Bewegung zu organisieren. Er stütze sich hierbei auf das Vereins- und Versammlungsrecht. Die angeklagten Kommunisten leugnen keineswegs, daß sie kommunistische Ideen in der Türkei propagieren wollten und werden in diesem Prozeß darum kämpfen, das Recht auszuüben, das den Kommunisten selbst in andern kapitalistischen Staaten zuge-



Die Zitadelle von Angora.

billigt wird. Sie werden in diesem Prozeß beweisen daß unter dem Vorwand, ein „Kommunistisches Komplott“ zu bestrafen, der Verfolgung der Organisation einer revolutionären Partei gerechtfertigt werden soll.

Unter diesem Vorwand wird man die Angeklagten, die mutig zu ihrer Ueberzeugung stehen, zu ungeheuren Strafen verurteilen, wenn sich nicht die Arbeiterschaft der andern Länder der Angeklagten annimmt und der türkischen Regierung ihren Protest gegen die Verfolgung von Revolutionären unter dem Vorwand von „Komplotten“ in die Ohren schreit!

Italien, das Land juristischer Ungeheuerlichkeiten.

Mussolini-Prozesse gegen Kommunisten, bereits erledigte und noch bevorstehende, werfen ein grelles Schlaglicht auf das faszistische Regime, unter dem Italien seit fünf Jahren lebt.

Jede Gewaltherrschaft schafft ein ihr passendes Recht zur Verteidigung ihres Staates, das ihrem Terrorregime eine gesetzliche Grundlage gibt. Aber auch das „Gesetz des Stärkeren“, auch das „Kriegsrecht“ kann sich nicht über gewisse wesentliche Rechtsnormen hinwegsetzen.

Der Faschismus war jedoch auch in dieser Beziehung „originell“. Das Ausnahmegesetz, das Ende 1926, nach dem Attentat in Bologna, erlassen wurde, bestimmte z. B., daß alle politischen Prozesse, die im Zeitpunkte des Erlasses der Ausnahmegesetze bei den ordentlichen Gerichten anhängig waren, dem neuen Ausnahmegesetz zu überweisen seien. Ein Strafgesetz mit rückwirkender Kraft! Ein Mussolini-Rekord im Strafrecht!

In revolutionären Perioden gab es immer Ausnahmegerichte, die nach einem summarischen Verfahren Gegenrevolutionäre verurteilten. Nach Konsolidierung des neuen Staates ist die bloße Gegnerschaft nicht strafbar, sondern nur bestimmte, im Gesetz aufgezeigte feindliche Handlungen, aber nur solche, die nach dem Erlaß des Gesetzes begangen worden sind.

Die faszistische Rechtsprechung setzt sich über diese elementaren Normen der Gesetzlichkeit hinweg. In den meisten politischen Prozessen, die bisher vor dem Ausnahmegericht stattfanden und in denen

ca. 1000 Jahre Kerker verhängt wurden, bezog sich die Anklage auf mutmaßliche Verbrechen, die vor November 1926, d. h. vor Erlaß des Ausnahmegesetzes begangen sein sollen. Auch die noch ausstehenden Prozesse gegen Kommunisten gehören in diese Kategorie der juristischen Ungeheuerlichkeiten.

Tatsächlich war die kommunistische Partei bis zum Erlaß des Ausnahmegesetzes eine juristisch legale Partei, mit legaler Presse und offizieller Parlamentsfraktion. Praktisch war die legale kommunistische Partei allerdings wegen der Verfolgungen gezwungen, ihre Propaganda- und Organisationsarbeit „unterirdisch“ zu betreiben. Die Arbeit kann daher nicht als Verbrechen angesehen werden. Das wird auch noch durch folgende Tatsache erhärtet: Vor dem November 1926 strengten die Exekutivorgane eine Unzahl Verfahren gegen die K. P. I. an, regelmäßig aber wurden die Angeklagten von den ordentlichen Gerichten, wenn oft auch erst nach langer Untersuchungshaft, freigesprochen, weil die ihnen zur Last gelegten Tatsachen nicht unter die Sanktionen des Strafgesetzbuches fielen. Der Faschismus brauchte daher ein besonderes Gesetz, um die Tätigkeit der Kommunisten unterbinden und verfolgen zu können. Dieses Gesetz wurde dann im November 1926 geschaffen.

Die kommunistischen Abgeordneten wurden in der Nacht vom 7. auf den 8. November verhaftet, 12 Stunden bevor die faszistische Parlamentsmehrheit den Ausschluß der 162 oppositionellen Abgeord-

neten beschloß, zu einem Zeitpunkt also, wo ihre Immunität noch nicht aufgehoben war. Die gegen die Abgeordneten Bendini, Borin und Ferrari z. B. erhobene Anklage beschuldigt sie, in den freien Gewerkschaftsorganisationen gearbeitet zu haben, die von der Regierung formell nie aufgelöst worden sind. Der Abgeordnete Gramsci wird angeklagt, eine „Parteischule“ organisiert zu haben, der Abgeordnete Riboldi, weil er sich mit dem juristischen Büro der R. H. beschäftigte, der Abgeordnete Srebrnic wegen Propaganda unter der slovenischen Minderheit.

Den Mitgliedern des kommunistischen Gewerkschaftskomitees und der kommunistischen Gewerkschaftsorganisatoren, die in Mailand ein vollkommen legales Büro unterhielten, unter ständiger Aufsicht der Polizei, wird die legale Gewerkschaftstätigkeit als Verbrechen zur Last gelegt.

Zahlreiche Anklagen betreffen „Sammlung und Verteilung von Hilfsmitteln unter den Opfern des Faschismus“. Sämtliche Rechtsanwälte, die das juristische Büro der R. H. bildeten, kamen in Anklagezustand — eine noch nie dagewesene Justizaktion.

Kein Zweifel, in Italien herrscht ausgesprochene Willkürherrschaft. In Italien gibt es nicht einmal eine faszistische Legalität. Der Staatsbürger in Italien weiß nicht, was erlaubt oder unerlaubt ist.

Gegen das schwachvolle faszistische Regime in Italien müssen sich Massenproteste erheben. Fort mit der juristischen Ungeheuerlichkeit der faszistischen Kommunistenprozesse!



Jeder Arbeiter muß Mitglied der Roten Hilfe sein!
DE Rote Hilfe DEUTSCHLANDS
IST EINE Hilfsorganisation FÜR proletarische politische Gefangene
VEREINE

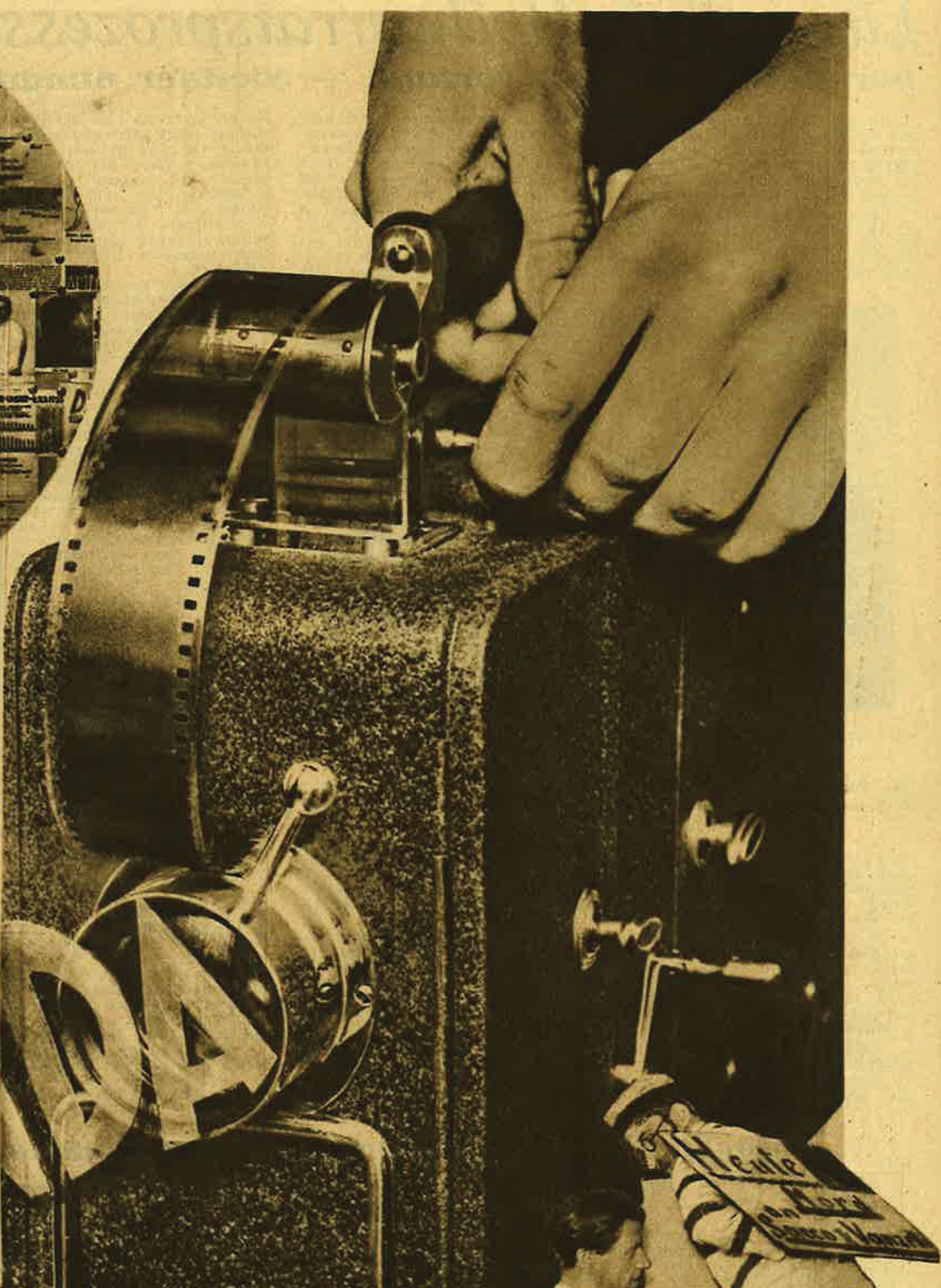
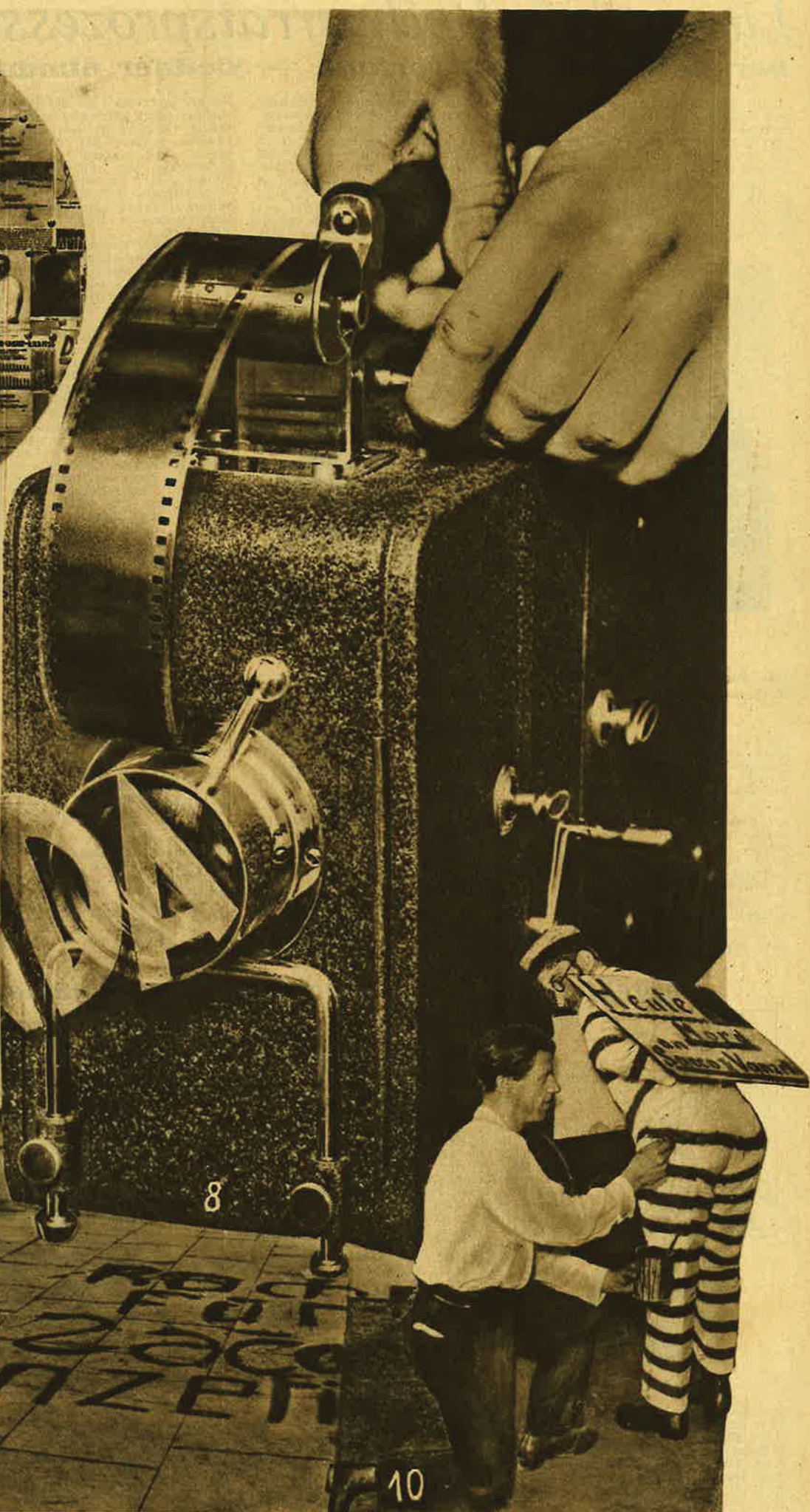
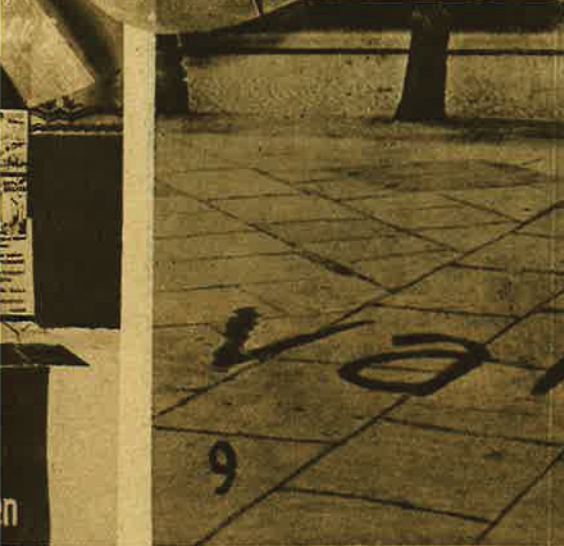
1. Gemieteter Bretterzaun wird zur Propaganda benutzt.
2. Wirkungsvolle Wandzeitung.
3. Der Kolporteur des „Roten Helfer“ ist immer und überall dabei.
4. Ein vorbildlicher Bücherwagen des „Roten Helfer“.
5. Verkauf des „Roten Helfer“ vor dem Betrieb bei Arbeiterschlauß.
6. Mustergültiger R. H.-Stand auf einer Anstellung der Arbeiter-Turner und -Sportler in Leipzig.
7. Reklame-Plakatträger des „Roten Helfer“ auf der Straße.
8. War schon der neue Lichtbilder-Apparat in Eurer Ortsgruppe? Stellt die modernsten Mittel in den Dienst der R. H.-Propaganda!
9. Auch das Straßenpflaster bot Propagandafläche. Nachahmung darf nicht empfohlen werden.
10. So wird ein Sträflingskittel gemacht.



PROPA



Rote Hilfe bedeutet revolutionäre Klassenbewußtsein
Wir fordern Generalamnestie
6 Arbeiterturner und Sportler hilft durch Rote Hilfe den politischen, proletarischen Gefangenen...



Literarische Hochverratsprozesse ohne Ende!

Der Becher-Prozeß vertagt. — Niedner nimmt seinen Abschied.

Mit den Verlagsbuchhändlern Reimann und Domning begannen in Deutschland vor dem 4. Senat des Reichsgerichts die literarischen Hochverratsprozesse, die dann ihre Fortsetzung in den Prozessen gegen die Drucker, gegen den Setzerlehrling und selbst gegen den Boten der Druckerei fanden. Die Prozesse gegen den Buchhändler Zobel aus Berlin, den Buchhandlungsangestellten Caviar aus Bremen sind die letzten Fortsetzungen dieser reichsgerichtlichen Spruchpraxis.

Der Prozeß gegen den revolutionären Dichter Johannes R. Becher war auf den 16. Januar 1928 angesetzt. Ein Sturm der Entrüstung ging durch die freihetlich denkende Schriftstellerwelt. Namhafte Schriftsteller bekundeten ihre enge Solidarität mit Johannes R. Becher. Ernst Toller, Egon Erwin Kisch, Artur Holitscher stellten sich in Reih und Glied mit Johannes R. Becher. Der

Niedner erst vom Tage der Einreichung seines Abschiedsgesuches datiert. Es darf vielmehr angenommen werden, daß Niedner bereits seit langem schwer nervenkrank war. Ein Nervenkranker an der Spitze des 4. Strafsenats, das ist die eine Seite des Fazits, das aus dem Rücktrittsgesuch Niedners zu ziehen ist.

Schon vor Monaten teilte die radikale Wochenschrift „Die Weltbühne“ in einem Artikel mit, daß Alexander Niedner ein Mann sei, der nach echt deutscher Art zorn und ausgiebig dem Becher zusprach und fügte hinzu, daß hier vielleicht eine Erklärung für die Exzesse Niedners gegen die revolutionären Angeklagten und ihre Verteidiger zu suchen sei.

Wenn Herr Niedner nicht der Präsident des 4. Strafsenats gewesen wäre, dann würde man vielleicht von einem Alkoholiker sprechen können. Aber man stelle sich einen Augenblick vor, ein Nervenkranker, ein Alkoholiker an der Spitze des 4. Strafsenats, der sich in Terrorurteilen gegen Kommunisten und revolutionäre Arbeiter fast überbot! Wenn dies das Gesamtfazit ist, dann muß aus dieser Tatsache die einzig mögliche Forderung gezogen werden: Nachprüfung aller Urteile, die unter der Senatspräsidentenschaft Niedners gefällt wurden, Freilassung der unter dem Niednersenat verurteilten proletarischen, politischen Gefangenen, bis zur Wiederaufnahme des Verfahrens!

Der Becher-Prozeß wurde wenige Tage vor seinem Stattfinden auf Mitte März vertagt. Eine bürgerliche Korrespondenz will wissen, daß die Vertagung in der Verhinderung eines Sachverständigen begründet sei.

Es liegt auf der Hand, daß die Prozeßverschiebung gegen den Genossen Becher ein vorläufiges Ausweichen des Reichsgerichts bedeutet. Herr Niedner, der das Verfahren gegen Johannes R. Becher eröffnet hat, drückt nicht mehr die Sella curulis des 4. Strafsenats. Wollte sich sein Nachfolger nicht sofort mit dem blamablen Prozeß, der einen Weltskandal bedeutet, belasten? Glaubt man, durch eine Verschiebung des Prozesses die allorts und unter allen freihetlich Gesinnten aufflammende Protestbewegung gegen den Becher-Prozeß abdämpfen zu können? Es wird ihnen nicht gelingen. Stärker noch als bisher wird die Protestbewegung gegen die Niedner-Justiz anwachsen. Früher oder später, am Schandpfahl stehen die, die durch diesen Prozeß Hochverrat gegen das freie Wort begahen!

Schluß mit der Niedner-Justiz! Nachprüfung aller Niedner-Urteile! Einstellung des Verfahrens gegen den Genossen Johannes R. Becher! In diesem Sinne gilt es, in den nächsten Wochen den Kampf gegen die brutale Justizreaktion der deutschen Bürgerblockregierung zu führen.



Alexander Niedner. Am 1. Februar quittierte der Großinquisitor der Republik, der demokratische Senatspräsident Niedner, seinen Dienst. Während seiner ganzen berüchtigten Dienstzeit hat er es verstanden, sich der Kamera der Photographen zu entziehen. Wahrscheinlich aus einem begreiflichen bösen Gewissen.



Die verbotene Kaiserszene aus „Rasputin“ aufgeführt im Piscator-Theater in Berlin

Diese Postkarte ist soeben im Mopr-Verlag erschienen und zum Preise von 10 Pfennig bei allen Literatur Obleuten erhältlich. Der Reingewinn ist zu Gunsten der Roten Hilfe

flammende Protest Maxim Gorkis, das eindringliche Schreiben Alfred Kerrs zeigen deutlich die Sympathie, die das Schaffen Johannes R. Becher geweckt, legen dar, daß sich alles, was fortschrittlich ist in dieser deutschen Republik, einreicht in den Kampf gegen diesen Prozeß, der eine Gewalttat an der Freiheit des Wortes bedeutet.

In den ersten Tagen des neuen Jahres wurde amtlich bekanntgegeben, daß der Präsident des 4. Strafsenats, Alexander Niedner, wegen Nervenzusammenbruchs sein Abschiedsgesuch eingereicht hat, daß ihm zum 1. Februar bewilligt wurde. Nach rühmvollen Taten im Dienste der Konterrevolution und Klassenjustiz zieht sich jetzt Niedner in ein beschauliches Genießen zurück. Jahrhunderte von Kerker- und Zuchthausstrafen hat dieser Mann als Präsident des 4. Strafsenats über revolutionäre Arbeiter verhängt.

„Gegen die „Niedner-Justiz“, das ist zur Kampfsparole gegen die reichsgerichtliche Terrorjustiz geworden.

Einen Nervenzusammenbruch will Herr Niedner erlitten haben! Es ist ganz gewiß nicht anzunehmen, daß die Nervenkrankheit des Senatspräsidenten

Vergeßt nicht den Geburtstag der politischen Gefangenen!



Einer Anregung entsprechend veröffentlichen wir diesmal die Namen und Daten der Genossen, die bis zum 15. März Geburtstag haben. Welche Wirkung unser erster Versuch zeitigt hat, beweisen die Zuschriften, die wir von den proletarischen politischen Gefangenen erhalten haben. Hier nur ein Schreiben. Genosse Gustav Schulze schreibt uns aus der Strafanstalt Kassel-Wahlheiden am 15. Januar folgendes: „... Ueber Eure sowie die Glückwünsche der Genossen aus Kiel, Elberfeld, Barmen, einer Genossin aus Hamburg, die durch den „Roten Helfer“ von meinem Geburtstag erfahren, habe ich mich sehr gefreut, zeigt es doch die Aktivität der Roten Helfer und Helferinnen, sowie die innere Verbundenheit der revolutionären proletarisch-politischen Gefangenen.“

„Genossen, Leser, Freunde! Dieser Brief sei uns Antrieb zu weiterem Tun. Und hier die Namen der Genossen und die Strafanstalten, in denen sie sich befinden.“

1. 2. 89. Walter Dybislansky, Wolfenbüttel, Strfst. — 2. 2. 95. Eduard Rümmele, Bruchsal, Zuchth. — 3. 2. 85. Peter Stahl, Gollnow i. Pomm., Fest. — 3. 2. 05. Herbert Olsson, Sonnenburg, Zuchth. — 12. 2. 1889. Emil Bergemann, Sonnenburg, Zuchth. — 10. 2. 96. Karl Gröhl, Plötzensee, Strfst. — 11. 2. 98. Josef Moser, Warthenburg, Zuchth. — 13. 2. 1895. Otto Balkhardt, Ludwigsburg, Zuchth. — 12. 2. 04. 1. 2. 95. Josef Wolf, Bruchsal, Zuchth. — 13. 2. 01 (beurl.) Franz Naujeck, Luckenwalde, Strfst. — 15. 2. 92. Max Wilsdorf, Halle, Unters.-G. — 15. 2. 06. Otto Achterberg, Berlin, Lehrter Str. — 16. 2. 06. Wilhelm Karallus, Beuthen/O., Strfst. — 20. 2. 01. Fr. Ernst Pöge, Lichtenburg, Zuchth. — 21. 2. 01. Erich Schmidt, Cassel-Wahlheiden, Z. — 21. 2. 02. Josef Müller, Lichtenburg, Zuchth. — 25. 2. 84. Rudolf Margies, Münster, Zuchth. — 28. 2. 87. Karl Ruß, Halle a. S., U.-G. — 25. 2. 05. Erich Voigt, Halle a. S., U.-G. — 26. 2. 95. Fritz Noack, Tegel, Strfst. — 26. 2. 06. Alois Stawinoga,



Fritz Noack



Hermann Hepperle



Am 15. Januar hielt Genosse Wilhelm Pieck, der 1. Vorsitzende der HHD, am Grabdenkmal der Revolutionsoffer in Friedrichsfelde bei Berlin die Ansprache

- Beuthen/O. — 27. 2. 01. Gustav Tiedemann, Insterburg, Zuchth. — 1. 3. 02. Lorenz Kaindl, München-Neudeck, U.-G. — 2. 3. 03. Max Mehlhorn, Sonnenburg, Zuchth. — 5. 3. 92. Ernst Esser, Gollnow, Festung. — 6. 3. 91. Ernst Petersen, Staatskrankenanstalt Langenhorn b. Hamburg. — 9. 3. 04. Gustav Bohr, Werden, Zuchth. — 11. 3. 89. Willi Kiebsch, Straubing, Zuchth. — 12. 3. 99. Hermann Hepperle, Ludwigsburg, Zuchth. — 13. 3. 99. Wilhelm Kalkhoff, Münster, Zuchth. — 13. 3. 91. Paul Zobel, Gollnow, Festung. — 15. 3. 06. Paul Eick, Sonnenburg, Z.

PREISAUSSCHREIBEN

Wer sind diese proletarisch-politischen Gefangenen?

500 PREISE.

An unsere Leser!

Der Verlag und die Redaktion des „Roten Helfers“ haben sich entschlossen, ein neues Mittel in den Dienst der Propaganda für die einzelnen proletarisch-politischen Gefangenen zu stellen. Wir treten deshalb mit einem Preisausschreiben an die Leser des „Roten Helfers“ heran.

Die Aufgabe, die das Preisausschreiben stellt, ist, die Namen der hier veröffentlichten proletarisch-politischen Gefangenen richtig anzugeben.

Wir rechnen auf die Zustimmung aller Leser des „Roten Helfers“ und all derer, die bereit sind, sich an unserem Preisausschreiben zu beteiligen, wenn wir von der Festsetzung von Geldpreisen für die Einsendung von richtigen Lösungen Abstand genommen haben. Als Preise hat der Verlag des „Roten Helfers“ Arbeiten proletarisch-politischer Gefangener, Werke von Künstlern, die ihre Arbeiten in den Dienst der Roten Hilfe gestellt haben, und Bücher, die geeignet sind, den Kampf gegen die Klassenjustiz und den weißen Terror zu fördern, festgesetzt. Wir nehmen an, daß dadurch das enge Band, das heute bereits zwischen den aktiven Roten Helfern und den proletarisch-politischen Gefangenen geschlungen ist, noch fester geknüpft wird, daß also auch dieses Preisausschreiben dazu beitragen wird, den Kampf um die Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen zu fördern.

Bedingungen:

An dem Preisausschreiben kann sich jeder Leser des „Roten Helfers“ beteiligen; jedoch aus einer Familie nur einer. Ausgeschlossen von der Beteiligung an unserem Preisausschreiben sind die Angestellten des Zentralvorstandes und der einzelnen Bezirksvorstände.

Einsendungstermine:

Die Lösungen sind bis zum 10. März 1928, mittags 12 Uhr, beim Verlag I. Schlör, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77-78, mit der Bezeichnung „Preisausschreiben“ auf dem Umschlag, einzusenden. Später eintreffende Lösungen bleiben unberücksichtigt.

Das Preisrichterkollegium setzt sich aus den ehemaligen politischen Gefangenen, Genossen Schmidt und Wilhelm Husemann, Berlin, der Genossin Traute Hoelz, dem Genossen Fritz Altwein und dem Genossen Notar Dr. Herzfeld, Berlin zusammen. Ihre Entscheidung ist endgültig.

Gehen mehrere richtige Lösungen ein, so entscheidet das Los die Reihenfolge der zu verteilenden Preise. Ist bei den Einsendungen keine einzige dabei, die alle 10 proletarisch-politischen Gefangenen richtig bestimmt, so wird demjenigen der erste Preis zuerkannt, der die meisten Gefangenen erkennt. Falls notwendig, entscheidet auch hier das Los.

In der Aprilnummer des „Roten Helfers“ werden die richtigen Lösungen des Preisausschreibens und die Namen der Gewinner veröffentlicht.

Preis: 1. Preis: Viertelige Küchengarnitur (Handarbeit), bestehend aus Tischdecke, Paradetuch, Besentuch und Leitungsschoner.

2. Preis: Ein geschnittenes Bild und ein Brettspiel, beides angefertigt von politischen Gefangenen.

3. Preis: Ein geschnittenes Bild, angefertigt von politischen Gefangenen und ein Kupferstich von Heinrich Vogeler.

4. Preis: Ein Kupferstich — von Heinrich Vogeler und ein Brettspiel, angefertigt von politischen Gefangenen.

5.—30. Preis: Je ein geschnittenes Bild, angefertigt von politischen Gefangenen.

31.—64. Preis: Je ein Kupferstich von Heinr. Vogeler.

65.—67. Preis: Je ein Brettspiel, angefertigt von politischen Gefangenen.

68.—300. Preis: Je ein Buch.

301.—500. Preis: Schreibutensilien.

Die Zusendung der Preise erfolgt in der Zeit vom 25.—31. März 1928.

Redaktion und Verlag „Roter Helfer“.



PROPA

Steigert den Literatur-Umsatz!

Die Rote Hilfe ist im Laufe der letzten Jahre bei Freund und Feind sehr bekannt geworden. Durch ihre Unterstützung der proletarisch-politischen Angeklagten und Verurteilten ohne Unterschied der Partei, durch ihren Kampf gegen den weißen Terror und bürgerliche Klassenjustiz hat sie sich große Sympathien in breiten Arbeiterschichten und auch im linken Bürgertum erworben.

Die Rote Hilfe hat aber noch immer Aufgaben zu lösen, die noch nicht Allgemeingut breiter Massen geworden sind! Es sind: der Kampf gegen das neue Strafgesetzbuch, für die Unterstützung der ausländischen politischen Flüchtlinge und für das Asylrecht



Genossinnen der Roten Hilfe Winterthur-Schweiz richteten eine Nähstube ein, um für die Kinder der politischen Gefangenen (die R. H. Schweiz hat die Patenschaft über die bayerischen Kerker und die Strafanstalt Cottbus) Kleider, Wäsche, Strümpfe u. s. w. herzustellen. Hier entstanden die herrlichen Sachen, die bei den Familien der eingekerkerten Genossen die größte Freude auslösten. Hoch die internationale proletarische Solidarität!

usw. Zur Lösung dieser Aufgaben dienen verschiedene Mittel. Eins dieser Mittel ist die Literatur: unsere Broschüren und der „Rote Helfer“. In den letzten zwei Jahren hat die RH, eine ganze Menge Broschüren herausgebracht, die selbst noch bei Mitgliedern unbekannt sind.

Welches ist die Ursache? Das liegt daran, daß die Roten Helfer dem Literaturvertrieb noch zu wenig Beachtung schenken. In öffentlichen Arbeiter- und intellektuellen-Versammlungen werden wohl Parteiliteratur und sonstiges Material angeboten. Aber die Broschüren der Roten Hilfe fehlen, obwohl gerade sie schon durch ihre Billigkeit Absatz finden würden. Dasselbe ist bei Haus- und Landpropaganda und vor den Großbetrieben. Daß die Mitglieder die Literatur nicht kennen, liegt daran, daß den Unterkassierern die Broschüren nicht mitgegeben werden. Ein weiterer Mangel ist, daß die Gruppen- und Bezirksvorstände noch zu wenige Kolporteurs heranziehen, die gegen eine entsprechende prozentuale Entschädigung das Material umsetzen.



Mustergültiger Literatur-Vertrieb am Hamburger Hafen nach Betriebsfuß.

Für die Pessimisten sind genügend Beispiele vorhanden, die beweisen, daß RH.-Literatur überall gekauft wird, wenn man sie entsprechend anbietet. Nebensichende Bilder beweisen es.

90 000 Sacco- und Vanzettibroschüren wurden im August und September 1927 verkauft. 43 000 Hoelzbrochüren (Preis 40 Pfg.) fanden bisher Absatz. Warum? Weil beide Fälle im besonderen Maße die Oeffentlichkeit beschäftigten und noch beschäftigen.

Millionen von Exemplaren hätten verkauft werden können, wenn in allen 1738 RH.-Ortsgruppen die Roten Helfer von Haus zu Haus, von Tür zu Tür gegangen wären.

Dennoch: Was mit den Sacco- und Vanzetti- und Hoelzbrochüren möglich war, darf bei anderen Massenbroschüren, z. B. „Staatsanwalt höre: Heraus mit Margies“, „Polizeierror gegen Kind und Kunst“, „Mörderknote über Kinder“ nicht unmöglich sein.

Es ist aber notwendig: Aktivität, Beweglichkeit, Energie und Zähigkeit!



Die Gemeindeversammlung in Harthau (Erzgebirge) beschloß auf Antrag der kommunistischen Vertreter, Straßen des Ortes nach den Märtyrern der internationalen Arbeiterklasse zu benennen. Unser Bild zeigt die Sacco- und Vanzettistraße.

Literatur- und Zeitungs-Vertrieb.

Die Berliner Organisation beschäftigt sich seit langem damit, wie der Literatur- und Zeitungsumsatz gesteigert werden kann. Wir organisierten eine Kolporteurkolonne, die hauptberuflich den Straßenhandel mit dem „Roten Helfer“ und aktuellen Broschüren übernahm. Ein Erfolg stellte sich sehr bald ein und ist dieser Erfolg hauptsächlich in der besonderen Arbeitsmethode dieser Kolporteurkolonne zu suchen. Die Genossen fangen morgens um 9 Uhr an zu arbeiten, besuchen systematisch die fast jeden Tag in Berlin und Vororten, in den verschiedenen Vierteln stattfindenden Märkte. Dann machen die Genossen unterwegs eine kurze Mittagspause und bearbeiten dann die in und um Berlin liegenden Großbetriebe. Der Absatz des „Roten Helfers“ vor den Großbetrieben ist besonders an den Zahltagen ein guter. In den Abendstunden werden die Hauptverkehrsstraßen in den Arbeitervierteln besucht, auch dort ist der Absatz ein guter. Damit ist das Tageswerk der Genossen aber noch nicht vollbracht. Nach Geschäftsschluß teilen sich die Genossen, die am Tage gemeinsam arbeiten, und wandern durch Bierlokale, die abends voll von Proleten sind. In einigen Lokalen haben sich die Genossen schon sehr gut eingeführt. Die Genossen melden sich bei dem Geschäftsführer und erhalten in sehr vielen Fällen die Erlaubnis, eine kleine Ansprache zu halten, in der sie kurz auf die Wichtigkeit und Bedeutung der RH, hinweisen. Der Erfolg ist der, daß sie in einzelnen Lokalen bis zu 30 „Rote Helfer“ verkaufen.

Am Tage auf den Märkten, vor den Betrieben usw. handeln die Genossen nicht wie andere Zeitungshändler, sondern arbeiten nach einer bestimmten Methode. Die Genossen sind einheitlich gekleidet. Schwarze Russen Kittel mit RH.-Armbinden, blaue Seglermützen mit RH.-Abzeichen und Lederkoppel, dessen Koppelschloß das Symbol der Roten Hilfe zielt. Dann stellen die Genossen sich in Abständen von 8 bis 10 Metern in einen Straßenzug auf und preisen den „Roten Helfer“ an. Die meisten Passanten, die nichts von der Roten Hilfe wissen, den „Roten Helfer“ nicht kennen, gehen an den ersten Genossen achtlos vorüber, wenige Meter weiter bei dem zweiten werden sie schon aufmerksam, bei dem dritten und vierten werden sie stutzig, bleiben stehen, sehen sich den „Roten Helfer“ an und kaufen ihn.

Die Kolonne, die aus vier Genossen besteht, verkaufen in einem Monat ca. 15 000 „Rote Helfer“. Bei der Sacco- und Vanzetti-Kampagne verkauften sie in wenigen Tagen 25 000 Stück von der Sacco- und Vanzetti-Broschüre.

G A N D A

Der Rote Hilfe-Verkaufsstand auf dem Weihnachtsmarkt.

Der Weisung des Z.-V. folgend bereitete die Ortsgruppe Dresden die Errichtung eines Verkaufsstandes auf dem Weihnachtsmarkt vor. Noch bevor die Anweisung kam, war auch unter uns bereits der Gedanke wachgeworden, es war aber nicht leicht, einen Stand, bzw. eine Bude zu erhalten. Die Beamten des Gewerbeamtes waren nicht imstande, zu sagen, ob es nötig sei, einen Gewerbeschein zu haben, obwohl sie einsahen, daß der Verkauf zu einem gemeinnützigen Zweck erfolge. Um den zeitraubenden Laufereien zu Behörden ein Ende zu machen, ließen wir uns auf den Namen des Ortsgruppenleiters einen Gewerbe- und einen Kolportageschein ausstellen. — Auch ehe wir zu einer Bude kamen, mußten viele Gänge in Amtsstuben unternommen werden. Endlich, am Sonntag, den 18. 12., waren wir im Besitze unseres Standes. Nun galt es, ihn in aller Kürze so herzurichten, daß er schon äußerlich eine propagandistische Wirkung ausübte. Das ist uns auch vollkommen gelungen. Weithin sichtbar waren die Schilder, und die Bude war binnen kurzem Gesprächsstoff im Munde vieler Leute.

seine Frau setzte hinzu, daß die Kommunisten dazu viel zu verbissen seien. „Aus Kunstinteresse“ kaufte uns dann der Sozialdemokrat, ein Intellektueller, mehrere Stücke russischen Spielzeugs ab. Der seltsamste Käufer war wohl ein Kriminalbeamter. Er bewacht als Hüter kapitalistischer Ordnung alle größeren Arbeiterversammlungen. Wir waren sehr erstaunt, ihn unter die Käufer zählen zu können.



Aus dem neuen Strafgesetzentwurf.

Der Provokateur-Paragraph.

§ 88, Vorbereitung des Hochverrats.

Wer einen Hochverrat mit einem anderen verabredet, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer einen Hochverrat in anderer Weise vorbereitet.

Wer aus freien Stücken seine Tätigkeit aufgibt, und bei Beteiligung mehrerer den Hochverrat verhindert, wird nicht nach den Vorschriften der Absätze 1, 2 bestraft.

Wir legten neben der Rote-Hilfe-Literatur revolutionäre Unterhaltungsbücher aus und wissenschaftliche marxistische Werke. Die andere Hälfte der Bude war mit russischen Holzspielwaren gefüllt. Außerdem hängten wir mehrere Gefangenenarbeiten aus. Um recht viele Leute heranzuziehen, stellten wir ein Grammophon auf, das „Brüder zur Sonne . . .“ spielte. Wenn dann die Neugierigen sich gesammelt hatten, konnten wir kleine Versammlungen abhalten. An den Seitenwänden angebrachte Bilderbogen der Roten Hilfe veranlaßten jeden Fußgänger zum Ansehen und lenkten dabei die Aufmerksamkeit auf das übrige Dargebotene unseres Verkaufsstandes.

Die Spielwaren fanden allgemeines Interesse. Den meisten Vorübergehenden gefielen sie. Einige machten ihrem Zorne über diese neueste Frechheit der Roten durch empörte Rufe laut. „Man soll die deutsche Industrie unterstützen!“ „Alles Schwindel!“ Solche Äußerungen, in verschiedenen Variationen wurden uns mehrfach an den Kopf geworfen. Die Faschisten versuchten zu provozieren, sie glaubten durch dumme Witze uns bei den Massen diskreditieren zu können. Erreicht haben sie damit nur, daß ihnen mit grober Ablehnung geantwortet wurde. Ein Sozialdemokrat konnte sich nicht verkneifen, zu sagen: „Ich bezweifle, daß Kommunisten in einer Bude von Sozialdemokraten kaufen würden“.

Es hat sich klar gezeigt, daß die Propagandamöglichkeiten durch eine solche rote Verkaufsbude sich beträchtlich vermehren. Das Interesse für die proletarischen Gefangenen wurde auf diese Weise bei vielen erweckt, an die wir sonst nur schwer herankommen. Natürlich muß fleißig gearbeitet werden, denn es ist durchaus nicht so, daß die Käufer von selbst kommen. Besonders in den Morgen- und Mittagsstunden mußten wir fast jeden einzelnen Vorübergehenden heranziehen. Ununterbrochen muß die Ware durch Reden angepriesen werden. Die Verkäufer müssen sich in die Arbeit teilen. Während einer spricht, können andere Spielwaren im Gebrauch zeigen. Wichtig ist auch, über die ausgelegte Literatur Bescheid zu wissen. — Um die Leser der revolutionären Arbeiterpresse auf die Bude aufmerksam zu machen, veranlaßten wir die Redaktion der „Arbeiterstimme“, eine deutliche Notiz im Blatt zu bringen. In einer Besprechung des Weihnachtsmarktes wurde dann nochmals über unsere Bude berichtet.



Kolporteurs des Roten Helfers Berlins vor der A. E. G. Berlin, Vollastr.

Der Fall Füssen!



Alois Lindner

Zu Weihnachten hat sich die bayerische Regierung entschlossen, Lindner und Huber, die letzten politischen Gefangenen aus der Zeit der Revolution und der Münchener Räterepublik, mit der berüchtigten Bewährungsfrist zu begnadigen.

In der bayerischen Zuchthauszelle Straubing, einem Ort des Grauens und des Schreckens, befinden sich jetzt noch sieben Kommunisten und Parteilose, die wegen eines Sprengstoffdeliktes und wegen eines Verbrechens des Hochverrats, begangen am 23. November 1923 in dem kleinen südbayerischen Städtchen Füssen, am 8. August 1926 vom Feriensenat des Reichsgerichts zu insgesamt 46 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Im

einzelnen erhielten Röger 10 Jahre, Klebsch 8 Jahre 6 Monate, Köpf 7 Jahre, Kuprian 6 Jahre, Rothärmel 6 Jahre, Frank 6 Jahre, Steindl 3 Jahre, daneben noch Geldstrafen in Höhe von 300 bis 1000 Mark. Keiner der Angeklagten wurde als Ueberzeugungstäter angesehen, so daß keine Milderung im Strafvollzug in Frage kam. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet. Thaler, der mit 2 Jahren Zuchthaus davonkam, wurde bereits im Oktober 1927 aus Anlaß der Hindenburgamnestie auf freien Fuß gesetzt.



Was ist der Tatbestand? Am 23. November 1923, kaum 14 Tage nach dem Ludendorff-Hitlerputsch und dem dadurch verunglückten Staatsstreichplan der Kahr-Lossow-Seißer explodierte im Bezirksamt Füssen, dem Sitze des rechtsgerichteten Regierungsvertreters

Dr. Henning, eine Sprengkapsel. Wie das Reichsgericht selber feststellte, entstand dadurch ein Schaden von 900 Mark. Die Frau eines Offizianten erlitt einen leichten Nervenschock, das sechsjährige Kind eines anderen Beamten eine leichte Gehirnerschütterung. Sonst ist weiter nichts passiert.

Trotzdem brachte es das Reichsgericht fertig, ein wahres Schreckensurteil zu fällen, das sogar die Urteile in Schatten stellt, die zur gleichen Zeit von einem Horthygericht gegen Rakosi und Genossen verhängt wurden. (Für 28 Angeklagte insgesamt 68 Jahre Zuchthaus, im Durchschnitt also 2½ Jahre, im Falle Füssen für 8 Angeklagte 48 Jahre Zuchthaus, im Durchschnitt also 6 Jahre!)

Die Füssener Arbeiter wurden aber nicht nur wegen einer strafbaren Handlung gegen das Sprengstoffgesetz verurteilt, sondern darüber hinaus noch wegen Hochverrats. Die Explosion der Sprengstoffkapsel — „Bombe“ wäre eine gewaltige Uebertreibung — soll nämlich auch eine Handlung gewesen sein, die ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitete!

Dabei hat es das Reichsgericht entgegen allen Rechtsgrundsätzen, die selbst in der bürgerlichen Justiz üblich sind, abgelehnt, die durch das Gesetz vom Juli 1926 herbeigeführte Strafmilderung des Republikschutzgesetzes zu berücksichtigen — statt Zuchthaus Gefängnis —: weil die Milderung des Gesetzes nicht rückwirke und die Strafe nach dem Gesetz, das bei Begehung der Tat gegolten habe, zu bemessen sei. Allgemeine Praxis ist, daß Strafverschärfungen nicht rückwirken, wohl aber Strafmilderungen.

Zur Barbarei des Schreckensurteils fügten die juristischen Korpsbrüder des Reichsgerichts noch den bitteren Hohn: „Ferner hatte gerade in Bayern der in der Nacht vom 7. und 8. November 1923 ausgebrochene sogenannte Hitlerputsch eine immerhin begreifliche Erregung nicht nur in linksradikalen Kreisen ausgelöst, und diese letzteren für Vorschläge zur Ausführung solcher Verbrechen, wie sie hier in Frage stehen, empfänglich gemacht.“

In Wirklichkeit haben sich die hohen Bürokraten des Reichsgerichts für das Mißlingen der Putsch- und Staatsstreichversuche in Kahr-Hitler-Bayern durch ein fürchterliches Terrorurteil an den Füssener Arbeitern gerächt. Sonst hätte die quasi republikanische Reichsjustiz, wie sie in Leipzig praktiziert wird, ernstlich berücksichtigen müssen, daß die Sprengstoffaktion in Füssen, die mehr ein Ausfluß des sogenannten Haberns, eines alten bayrischen

Volksbrauchs war, nur ein kleines Gliedchen in der Notwehraktion gegen die faschistische Putscherei gewesen ist, wie sie unter anderem auch von dem amnestierten Hans von Hentig in Mitteldeutschland militärisch organisiert wurde.

Das wahre Gesicht der Reichsgerichtsjustiz blickt uns aus der Urteilsbegründung für die einzelnen Angeklagten entgegen.

Bei Rothärmel heißt es: „Seine Vorstrafe wegen Religionsvergehens und der Umstand, daß er den Sprengstoff in einer Kapelle versteckte, zeigen seinen sittlichen Tiefstand.“ Vorher wird gesagt, daß Rothärmel mit einer Hostie Mißbrauch getrieben hätte. Für die Herren Reichsrichter ist es offenbar nur dann kein „sittlicher Tiefstand“, wenn Waffen und Munition von rechtsstehender Seite in Kirchen, Kapellen und Klöstern verstaut werden (St. Michaelskirche in München!).

Bei Klebsch wird als erschwerender Umstand erwähnt, daß er bei Eisner als Ordonanz tätig und bei dessen Ermordung am 21. Februar 1919 anwesend gewesen sei. Nach Ausrufung der Räterepublik in München habe er die Kinder Eisners und Landauers nach Meersburg bei Konstanz gebracht.

Wenn solche nebensächlichen Umstände in einem Reichsgerichtsurteil überhaupt erwähnt werden, dann nur zu dem Zwecke der bewußten Strafverschärfung.

Nicht die Tat, die im Falle Füssen einfach lächerlich war, sondern die Gesinnung in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wird bestraft.

Röger wurde in der Prozeßverhandlung von den professionellen und zünftigen Juristen besonders angekreidet, daß er als Rechtskonsulent — im gewöhnlichen Sprachgebrauch würde man sagen Winkeladvokat — vom Bezirksamt, in das er eine Sprengstoffkapsel legte, Aufträge erhalten hatte. Man warf ihm vor, daß er erst dann zu dem Sprengstoffdelikt sich herbeiließ, als er vom Bezirksamt keine Aufträge mehr erhielt.

Das Gericht selbst muß erwähnen, daß die Angeklagten ursprünglich in die Villen des Generals Huller und des Schriftstellers Iversen, der führenden Köpfe des faschistischen, gegen die Verfassung gerichteten Putschismus, Sprengkapseln legen wollten. Daraus ergibt sich schon, daß es den Angeklagten auf eine Abwehr der völkischen Putsch- und Staatsstreichbestrebungen in Bayern ankam, daß sie also zum Schutze der republikanischen Verfassung gehandelt haben, ganz unabhängig davon, was sie sonst noch für Ziele verfolgt haben mögen.

Seinerzeit haben sich u. a. die „Wiener Arbeiterzeitung“ und die „Leipziger Volkszeitung“ in ausführlichen Aufsätzen gegen das Terrorurteil des Leipziger „Schandsenats“ gewandt.

Entsprechend dem Urteil werden die Füssener „Schwerverbrecher“ auch im Zuchthaus Straubing, dieser Danteschen Hölle, behandelt. Sie müssen zusammen mit den Kriminellen im Spazierhofe gehen, da der politische Hof aufgehoben ist. Der zu drei Jahren verurteilte Steindl befindet sich noch immer in Stufe I, Köpf hat drei Jahre Einzelhaft wegen Kassiber-schmuggels erhalten.

Nachdem es gelungen ist, durch eine intensive Kampagne die sogenannten „Geiselmörder“ und die letzten politischen Gefangenen aus der Zeit der Revolution und der Räterepublik der Zuchthauszelle Straubing zu entreißen, muß es in absehbarer Zeit durch eine ebenso nachdrückliche öffentliche Erörterung des Füssener Schreckensurteils gelingen, die Füssener Arbeiter zu befreien.



Georg Huber



Abonniert den „Roten Heller“ bei der Post!
Vierteljährlich 30 Pfg., monatlich 10 Pfg., zuzüglich Bestellgeld.

Von unserer Rote Hilfe Korrespondenten.

Ostsachsen. Unter besonders schwierigen Verhältnissen führten wir die Winterhilfskampagne durch. Durch irreführende Nachrichten wurde die Tätigkeit im Zusammentragen der Spenden gehemmt und war auch das Ergebnis, in Anbetracht der Mitgliederzahl, ein sehr minimales. An Geldspenden gingen 3700 Mark ein. In der Ortsgruppe Groß-Dresden z. B. versagten einige Verwaltungsbezirke vollständig, so daß in der Hauptsache erst durch den B. V. zur Geschäftswelt Genossen zur Entgegennahme der bereitgestellten Spenden entsandt werden mußten. Die ländlichen Ortsgruppen brachten dieser Kampagne mehr Verständnis entgegen. In einigen Orten gelang es den Leitungen eine behördlich genehmigte Sammlung zugunsten der Kinderheime durchzuführen. Das Ergebnis ist noch nicht abgeschlossen.

wo die Referenten Gen. Kürschner und Dr. Apfel vor Tausenden Zuhörern für die Amnestie aller politischen Gefangenen sprachen.

Die Clara Zetkin- und Soermusfeiern hatten sehr guten Erfolg zu verzeichnen. Die Sammlungen zu Gunsten unserer Kinderheime in den Kommunen und bei Privaten hatten guten Erfolg. Ähnlich wie bei der Sammlung für die Kinderheime war ein Erfolg zu verzeichnen bei der Sammeltätigkeit für die Weihnachtshilfe, was uns ermöglichte, den Familien unserer gefangenen Klassengenossen eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. 34 Familien wurden in unserer Weihnachtsveranstaltung bei künstlerischen Aufführungen, Rezitationen und Ansprachen mit warmen Kleidungsstücken, Spiel- und Erbwaren bedacht. Diese Feier trug nur proletarischen Charakter. Diese Gaben waren wirkliche Liebesgaben für die Soldaten der Revolution.

**Gruß an Euch,
tapfere Junge Kommunisten!**

Unsere Genossen, die bei Euch waren, haben mir viel von Eurem Kinderheim erzählt. Sie sagen mir, Ihr hättet ein Zimmer, das den Namen „Budjoni“ trägt. Das beweist, daß wir Kommunisten trotz der großen Entfernung eng miteinander zu einem Ganzen verschmolzen sind.

Um die imperialistische Welt endgültig zu besiegen, müssen die Kommunisten nicht nur furchtlose Kämpfer sein, sondern sie müssen auch den Leninismus, als eine der stärksten Waffen, erlernen. Nur diese zwei Vorbedingungen werden die Unbesiegbare im Kampfe sicherstellen.

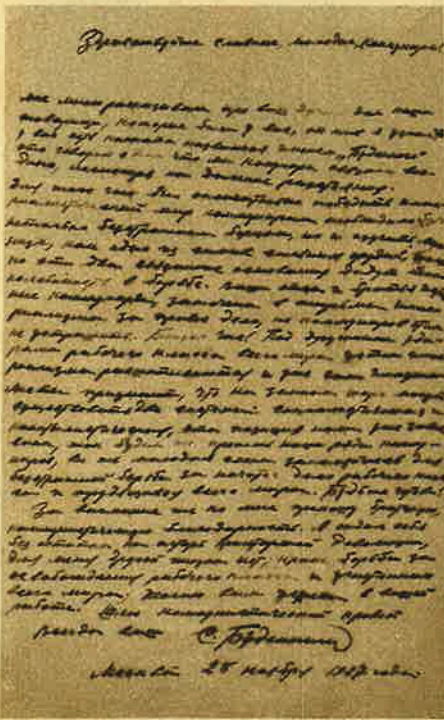
Die Stunde naht. Unter den mächtigen Hieben der Arbeiterklasse der ganzen Welt sind die Grundpfeiler des Imperialismus ins Wanken gebracht und die Imperialisten selbst bekennen, daß auf dem Erdball zwei Systeme existieren können, nämlich das sozialistische und das kapitalistische. Das haben wir schon erungen; jetzt wollen wir die Reihen unserer Kommunisten stärken; Ihr aber, der junge Nachwuchs, stählt Euch für den furchtlosen Kampf für das begonnene Werk der Arbeiterklasse und der Werktätigen der ganzen Welt! Seid bereit!

Für Eure Aufmerksamkeit mir gegenüber, habt meinen brüderlichen kommunistischen Dank. Ich habe mich restlos der proletarischen Revolution gewidmet, für mich gibt es kein anderes Leben, als Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Unterdrückten der ganzen Welt.

Ich wünsche Euch Erfolg in Eurer Arbeit.

Mit kommunistischen Gruß
Euer S. Budjoni.

Moskau, den 28. November 1927.



Brief des Gen. Budjoni an die Kinder im Heim „Barkenhoff“ in Worpewede

Aber auch propagandistisch wurde die Kampagne von einigen Ortsgruppen ausgewertet, so z. B. in Dresden, Dresden-Laubegast und Pirna.

In Dresden-Laubegast führte die dortige Leitung gemeinsam mit der KPD, und noch weiteren Organisationen eine gemeinsame proletarische Weihnachtsausstellung durch, die 14 Tage dauerte. Der Erfolg war hier ein minimaler. Zur Erhöhung der Propaganda wurde aber auch in der gleichen Zeit, und zwar von der RH. allein, ein Filmabend veranstaltet, der von über 300 Personen besucht wurde. Es wurde dort neben dem russischen Film „Der Sohn der Berge“ der Mopr-Film gezeigt.

In Pirna eröffnete mit der KPD, gemeinsam die dortige Leitung eine fliegende Buchhandlung. Es wurde hierzu ein Wagen, den sonst fahrende Händler auf Märkten führen, benutzt. Diese Art der Propaganda ist bestimmt eine der besten, da sie nicht auf einen Platz gebunden ist, sondern immer auf solchen Plätzen Aufstellung nehmen kann, wo der größte Verkehr sich abwickelt. Der finanzielle Erfolg war auch nur ein minimaler.

Gemessen an dem finanziellen Erfolg in Dresden zeigt es, daß wir als Organisation versuchen müssen, solche Propaganda allein durchzuführen.

In der Zeit vom 10. bis 18. Dezember hatten wir in Laubegast eine proletarische Weihnachtsausstellung veranstaltet, die in ihrer äußeren und inneren Ausgestaltung einen guten Eindruck hinterließ. Betelligt waren sämtliche revolutionären Organisationen. Der Hauptanteil entfiel jedoch auf unsere Rote Hilfe-Ortsgruppe und die KPD. Sämtliche Rote Hilfe-Literatur, Gefangenearbeiten und russische Schnitzereien waren zum Verkauf ausgestellt. Gefangenearbeiten wurden uns nur in beschränktem Maße zur Verfügung gestellt.

Über unserem Stande leuchtete ein Transparent zur Mahnung, an die politischen Gefangenen zu denken. Die Wände waren mit Plakaten und Wandzeitungen der Roten Hilfe reich verziert. Auch die anderen Organisationen hatten in entsprechender Weise ihren Stand geschmackvoll eingerichtet. Hervorzuheben ist besonders die Jungspartakus-Ecke, die in ihrer Ausgestaltung und Zusammenstellung vorzüglich war.

Durch Handzettel hatten wir die Einwohnerschaft auf unsere Ausstellung aufmerksam gemacht. Aber auch noch eine andere Möglichkeit hatten wir benutzt. Zur gleichen Zeit veranstaltete unsere Gruppe der RH. einen Filmabend. Durch 2 Diapositive „Besucht die Weihnachtsausstellung!“ und „Rote Hilfe tut not!“ stellten wir diesen in den Dienst der Ausstellung. Zwei Filme wurden vorgeführt. „Der Sohn der Berge“ erweckte allgemeine Sympathien für die revolutionäre Bewegung, und durch den „Mopr-Film“ wurden die Erschienenen vertraut gemacht mit der Arbeit der Roten Hilfe, die sich selbstlos in den Dienst der proletarischen politischen Gefangenen stellt.

Die beiden Veranstaltungen haben, jede in ihrer Art, dazu beigetragen, die revolutionäre Bewegung, insbesondere unsere Rote Hilfe-Bewegung am Orte vorwärts zu treiben.

Erzgebirge-Vogtland. Die Jahresbilanz unseres Bezirks kann als ein befriedigendes betrachtet werden.

Bezirkskonferenzen fanden vierteljährlich wo die mit unseren ehemaligen politischen Gefangenen besonders hervorzuheben ist. An dieser hatten sich außer unseren Bezirksvertretern 48 entlassene Genossen beteiligt. (Bericht darüber stand in einer früheren Nummer.)

An politischen Veranstaltungen hatte der Bezirk die Sacco und Vanzetti- und Hoelz-Kundgebungen, die in allen Städten im Bezirk Erzgeb.-Vogtl. sehr gut besucht waren,

Mit dieser Schlußbilanz zeigte die RH., daß sie wirklich wie unsere greise Führerin Clara Zetkin sagt, das Sanitätskorps der kämpfenden Arbeiter ist.

Westachsen. Nachdem in den Monaten Oktober und November durch entsprechende Referate die Organisation auf die Winterhilfe eingestellt wurde, setzte im Dezember eine intensive öffentliche Agitation ein. Dem Presseobmann gelang es, fast alle Mafern und verschiedenes, aus dem Bezirk stammendes Material (Unterstützungsfälle) durch die Unterstützung der uns befreundeten Zeitung zum Abdruck zu bringen. Die November- und Dezembernummer unseres Bezirksmitteilungsblattes erhöhten durch ihre guten Zusammenstellungen die Agitation in der Öffentlichkeit. Aber auch die Ortsgruppen steigerten die allgemeine Propagandatätigkeit. Nicht weniger als 9 Werbeabende wurden mit Unterstützung von Turn-, Gesang-, Musik-, Theater-Vereinen und mit Lichtbildervorträgen durchgeführt.

Der Erfolg dieser intensiven Werbearbeit blieb dann auch nicht aus. Die Winter-Hilfs-Sammlung übertraf alle Erwartungen. Es gelang uns, im Gegensatz zu vorhergehenden Sammlungen, die Ergebnisse auf allen Gebieten zu steigern.

In der Zeit vom 20.—24. 12. veranstalteten wir eine Teilausstellung der gespendeten Lebensmittel und Kleidungsgegenständen. Die weithin sichtbare Schrift gab allen Straßenspendanten, die an den Schaufenstern unseres Ladens vorbei mußten, kund, daß die ausgestellten Gegenstände für die politischen Gefangenen, ihre Frauen und Kinder sind. Natürlich wurden die Fenster zeitweilig belakert.

Am 28. Dezember fand in Leipzig eine Gedenkfeier statt, in der die Spenden zur Verteilung kamen. Der 2000 Personen fassende Saal wurde wegen Ueberfüllung von der Polizei geschlossen. Eine besondere Note erhielt die Feier dadurch, daß an ihr, die erst vor wenigen Tagen mit langjährigen Bewährungsfristen entlassenen Gen. Bauch, Sellert und Gensty teilnahmen. Genosse Schlör nahm in seiner Ansprache Gelegenheit, besonders unsere entlassenen Genossen zu begrüßen.

Trotz der gewaltigen Arbeit für die Winterhilfe, oder gerade trotzdem wurde der Ausbau der Organisation nicht vergessen. Die Gen. N. aus B. hatte in einem Orte, wo wir bisher noch keine RH.-Gruppe hatten, auch keine uns befreundete Organisation besteht, in mühevoller Arbeit einen Lichtbildervortrag organisiert. Unter Mitwirkung der Roten Frontkämpferkapelle fand derselbe am 17. 12. statt. Ein heftig tobender Schneesturm hielt leider einen Teil der Bewohner des zerstreut liegenden Dörfchens vom Besuche des Abends fern. Trotzdem war der Besuch ein guter. Nach Schluß des Vortrags meldeten sich 6 parteilose Arbeiter zum Eintritt in die RH.. Mit unserer Unterstützung wird es diesen Gen. gelingen, eine gutfunktionierende Ortsgruppe aufzubauen.

Mittelrhein. Die im November 1927 begonnene Winterhilfs-Kampagne wurde im ganzen Monat Dezember eifrig durchgeführt. Die Einnahmen des vorigen Jahres wären jedoch wesentlich überschritten worden, wenn — und das muß hier gesagt werden — eine ganze Reihe von Ortsgruppen

Ein vorbildliches Solidaritätswerk



Uben die Arbeiter und Bauern aus Dietzenbach bei Offenbach a. M. aus!

Sie sammelten nach harter Fron für die Familien der hinter Kerkmauern befindlichen Klassenkämpfer des Industriegebietes 90 Zentner Kartoffeln und übersandten sie der Bezirksleitung Ruhrgebiet. Mit vielem Dank wurde die Spende entgegen genommen. Die Genossen aus den Strafanstalten und ihre Familien übersandten dem Dietzenbacher Proletariat Dankschreiben und knüpften das Band der Solidarität als Industriearbeiter mit den Landarbeitern. Die Einheitsfront des Industrieproletariats mit dem Landproletariat marschiert. Genossen, folgt dem Beispiel!



Felix Kirchhoff wurde am 31. Dezember aus dem Zuchthaus entlassen



Zum Empfang hatten die Honnefer Genossen das Haus des Genossen Kirchhoff festlich geschmückt



Genosse Hehl, der ebenfalls nach langjähriger Zuchthausstrafe am 31. Dezember in die Reihen des kämpfenden Proletariats zurückkehrte

bessere Vorarbeit geleistet hätten und mit der nötigen Energie an die Arbeit herangezogen wären. Die gesammelten Kleidungsstücke, Wäsche usw. zeigten, daß die Sympathien der Bevölkerung für die „Rote Hilfe“ gewachsen sind.

In einigen Großbetrieben wurde durch unsere Funktionäre gute Arbeit geleistet; unsere Sammlungen fanden dort guten Anklang. Einige Betriebe stellten selbst Pakete zusammen für die politischen Gefangenen.

Auch haben besonders die 7. und 8. Abteilung des RFB, Köln bei der Sammlung eifrig mitgewirkt.

Ein besonders freudiges Ereignis war noch die Rückkehr der beiden aus dem Zuchthaus entlassenen Gen. Hehl und Kirchhoff am 31. Dez. 1927. Beide Genossen wurden am Bahnhof von der Kölner Arbeiterschaft herzlichst empfangen und in einem großen Demonstrationzug durch die Stadt zum Neumarkt geführt, wo sie von den einzelnen Organisationen begrüßt wurden. Hierauf sprachen die beiden Genossen und wiesen besonders auf die materielle und moralische Unterstützung der „Roten Hilfe“ während ihrer Haftzeit hin. In diesen beiden Genossen hat der Bezirk Mittelrhein zwei neue Kämpfer gewonnen, die trotz Klassenjustiz, trotz Zuchthausstrafen mutig und ungebrochen in die Reihen des kämpfenden Proletariats zurückgekehrt sind.

Der Empfang des Gen. Kirchhoff in Honnef gestaltete sich ebenfalls zu einer gewaltigen Demonstration gegen die Klassenjustiz, gegen die berüchtigte Honnefer Polizei mit ihren Locksitzeln und Provokateuren, für die „Rote Hilfe“.

Ruhrgebiet. Der „Sexen der Hindenburgamnestie“ wurde auch einigen Genossen aus dem Ruhrgebiet zuteil. Sie, die „Amnestierten“, erhielten Bewährungsfristen bis zum Jahre 1936 und wurden holdvollst „begnadigt“. In der freiesten aller Republiken laufen die „Amnestierten“ als politisch Entrechtete mit einem Maulkorb, den Herr Hindenburg ihnen glaubte umhängen zu müssen, herum. Doch die Arbeiterschaft wird nicht duden, daß ihre Brüder, die wegen ihrer Ueberzeugung hinter Kerkmauern saßen, nunmehr entrechtet sind. Mit der Roten Hilfe wollen alle Arbeiter den Kampf für die Befreiung aller proletarisch-politischen Gefangenen führen, so gelobten es Tausende Arbeiter des Ruhrgebietes in 5 großen Amnestiekundgebungen. Für die Entlassung von 40 der Besten des Ruhrproletariats wird der Kampf weiter geführt. Wie ein Mann fordert die Ruhrarbeiterschaft die Generalamnestie für die Klassenbrüder hinter Herkermauern.

Der Erfolg der Weihnachtssammlungen war ein guter. 50 Organisationen spendeten Beträge aus ihren Kassen. In den Betrieben wurden Sammlungen durchgeführt.

Die Belegschaft der Edeltahlwerke in Bochum sammelte den Betrag von 237,- Mark; die Belegschaft der Zeche Westfalen in Ahlen sammelte den Betrag von 180,- Mark. 10 Gemeinden bewilligten Beträge bis zu 300,- Mark.

Ein altes Mütterlein, das selbst nicht mit Glücksgütern gesegnet ist, erschien im Bezirksbüro der Roten Hilfe und spendete den Betrag von 50,- M.

Ihren Namen wollte das alte Mütterlein nicht nennen. Sie will durch ihre hochherzige Spende dem unterdrückten Proletariat helfen. Sie, die bürgerliche Frau, beschämt den Regierungspräsidenten, der ein Sozialist sein will.

Die erfolgreiche Sammlung ermöglichte es der Bezirksleitung, 112 Familien mit 144 Kindern und 92 Frauen reichlich zu beschenken.

Auch 32 politische Gefangene in den verschiedenen Zwingburgen der deutschen Republik wurden mit Paketen bedacht. Die monatliche Unterstützung

für die Familien und für die eingekerkerten Genossen wurden um den 2fachen Unterstützungsbetrag erhöht.

Von den Spenden wurden einige große Kisten mit Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhen und Tabak den Emigranten übersandt, die vor Woldemaras aus ihrer Heimat in Litauen flüchten mußten. Ferner wurden fünf große Kisten mit Schuhen, Kleidungsstücken nach Polen als Weihnachtspatengeschenk den

„Bis hierher und nicht weiter . . . !“
Zum „Hochverrats-Prozeß“ Becher,
so lautet der Titel der soeben im Mopr-Verlag Berlin NW 7 erschienenen Broschüre (Preis 10 Pfg.), die alles notwendige Material zum Becher-Prozeß enthält.
Nach einer Einleitung werden die Anklagepunkte wiedergegeben. Dann folgt: Geschichte des Verfahrens von Rechtsanwalt Dr. Apfel, Aufruf Gorkis, die künstlerische Bedeutung Johannes R. Bechers und die Autobiographie des „Hochverrats“ R. Becher. Den Schluß dieser Zweiselligen Schrift bildet das Gutachten der anerkannten Autorität der deutschen chemischen Wissenschaft, Professor Holde, über das Buch: „Levitski“, der einzig gerechte Krieg.

verfolgten polnischen Kämpfern übersandt. 2 Kisten mit Wäsche und Spielzeug wurden unsern Kinderhelmen überwiesen.

Das Ruhrproletariat hat durch sein vorbildliches Wirken zur Weihnachtshilfe gezeigt, was Klassenbewußtsein und Klassensolidarität vermag. Viel Not ist zu Weihnachten gelindert worden; viel gilt es noch zu tun. Im neuen Jahr wird auch das Ruhr-

proletariat seiner Besten nicht vergessen und für die Rote Hilfe wirken und werden.

Saargebiet. Die organisatorischen Aufgaben im November konzentrierten sich hauptsächlich auf die Vorbereitung der Bezirkskonferenz, die am 27. November stattfand.

Im Monat Dezember wurde in allen Ortsgruppen zur Frage des organisatorischen Aufbaues der Propaganda und zu den praktischen Maßnahmen für den Kampf gegen die Klassenjustiz und den weißen Terror Stellung genommen. Neben diesen umfangreichen innerorganisatorischen Arbeiten wurde die Winter- und Weihnachtskampagne durchgeführt. Um es vorweg sagen zu wollen: Die diesjährige Sammlungskampagne hat das vorjährige Ergebnis weit überschritten. Durch die intensive Arbeit etlicher Genossinnen und Genossen gelang es, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die Sammlungskampagne so durchzuführen, daß innerhalb 14 Tage schon 3000 Frcs. gesammelt waren. Besonders leisteten die Ortsgruppen Weilesweiler und Schnappach. Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß von vornherein ein Teil Ortsgruppen nicht mit der nötigen Energie dem Rufe zur Arbeit gefolgt sind. Verschiedene Ortsgruppenleitungen haben es nicht für nötig befunden, die Sammelkolonnen einzuteilen. Einzelne Funktionäre mußten mehrmals aufgefordert werden, mit den Sammellisten auszugehen. Der Arb.-Turn- und Sportverein Ludweiler hat uns den Reinertrag von 127 Frcs. von der stattgefundenen Veranstaltung überwiesen. Die Ortsgruppe Herrnsrohre veranstaltete eine Feier mit Verlosung, die einen Betrag von 700 Frcs. einbrachte.

Abschließend muß erwähnt werden, daß die hiesige „Arbeiter-Zeitung“ nicht mit der notwendigen Energie unsere Rote Hilfe-Tätigkeit unterstützt. Ferner berücksichtigt sie unseren Rote Hilfe-Pressedienst nur ganz minimal. Dieser Fehler muß abgestellt werden.

Buchbesprechungen

„Mopr“, Zeitschrift für Arbeit und Kampf der Internationalen Roten Hilfe, Nr. 1, 3. Jahrgang, Januar 1928, erschienen im Mopr-Verlag, Berlin, Preis 20 Pfennig. Das internationale Funktionärorgan der IRH., „Mopr“, erscheint von dem soeben beginnenden 3. Jahrgang ab jetzt regelmäßig am 15. eines jeden Monats. Jedem Roten Helfer bringt es unentbehrliches Material und wichtige praktische Anregungen für seine Arbeit. Die soeben erschienene Januar-Nummer bringt neben Neujahrsgrißen der Genossin Klara Zetkin Artikel über Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Lenin, einen sehr instruktiven Artikel über den Prozeß gegen die Hromada, die faschistische Justiz in Italien und das neue deutsche und österreichische Strafgesetz. In der Rubrik „Aus der Roten Hilfe-Bewegung“ wird über die Tätigkeit der Roten Hilfe-Organisationen in Frankreich, Holland, Canada und Palästina berichtet. Die Rubrik „Aus der Praxis“ bringt den Roten Helfern bemerkenswerte Anregungen für ihre praktische Arbeit. Wir empfehlen allen Roten Helfern, ständige Bezieher dieses internationalen Funktionär-Organs zu werden und für seine weiteste Verbreitung nach Kräften bemüht zu sein.

Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band IV, Gewerkschaften und Massenstreik, erschienen im Internationalen Arbeiter-Verlag, GmbH., Berlin C 25. Die Herausgabe und Einleitung zu diesem Band IV besorgte ebenso wie bei den bereits vorher erschienenen Bänden Paul Frölich. Aus dem Inhaltsverzeichnis nennen wir nur die Hauptabteilungen: 1. Soziale Zustände und Gewerkschaften; 2. Partei und Gewerkschaften; 3. die Malteier; 4. die belgischen Massenstreiks; 5. die Massenstreikdebatte 1905/06; 6. Wahlrechtskampf und Massenstreik. Am Schluß befindet sich ein Personenregister, das den jüngeren Lesern vielfachen Nutzen bringen wird. Besorgt Euch diesen Band und die bereits erschienenen.

„Passagiere der III. Klasse.“ So heißt der neue Roman von Kurt Kläber, der soeben im Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin, C 25, Alexanderstraße 28, erschienen ist. Umfang 276 Seiten. Broschüre 3,90 M., gebunden 5,50 M.

Kläber, unseren Lesern gewiß kein Unbekannter, schildert so eindringlich wie nur möglich. Nicht er spricht, die Schiffswände, die Heizräume sprechen. Die Passagiere leben und handeln, sie berichten sich selbst, sie treten jederzeit aus dem Buch in die Wirklichkeit hinaus. Und das ist das Große und Starke, das Neue in diesem Buch. Die Dschungelatmosphäre, die in der 3. Klasse herrscht, wie lebendig dringt sie in uns ein. Alle Luken sind verschlossen, es gibt scheinbar keinen Ausweg und doch: auch für diese Hölle, wie für alle Hölle der Erde kommt der Tag der Erlösung. Auch die Passagiere der III. Klasse wittern ihn . . . Dieses Buch ist „Von unten auf“ geschrieben und hat nichts mit Büchern zu tun, in denen Autoren Ereignisse und Erlebnisse „Von oben her“ oder außerhalb der Dinge stehend, zu gestalten versuchen.